

Geschichtskorrespondenz

Marxistischer Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung
bei der Partei DIE LINKE

Nummer 2/19. Jg.

Mitteilungsblatt

April 2013

Zu diesem Heft:

Dieses Heft dokumentiert vor allem Ergebnisse der Konferenz "150 Jahre deutsche Sozialdemokratie", die am 23. Februar d. J. in Berlin tagte: die Vorträge von Ursula Herrmann, Heinz Niemann und Georg Fülberth sowie den Diskussionsbeitrag von Marga Beyer. Diese und die Diskussion verdeutlichten, wie sehr eine historisch-konkrete, kritische Bilanz den SPD-offiziellen Verlautbarungen zu diesem Jubiläum widerspricht.

So sehr Referenten und Diskutanten Pauschalurteile mieden, um differenzierende Sichten bemüht waren, weniger konstatiert wurde als vielmehr Fragen aufgeworfen, Anregungen zur weiteren Diskussion gegeben, so wurde doch eines deutlich: Die aus der revolutionären Sozialdemokratie, der "Bebel-Partei", hervorgegangene SPD passte sich immer mehr dem kapitalistischen Gesellschaftssystem an, verwuchs immer mehr mit dem bürgerlichen Herrschaftssystem. Immer tiefer wurde die Kluft zwischen Anspruch und Realisierung, Wort und Tat.

Und das Ergebnis? "Einen Politikwechsel mit der Chance zum Einstieg in einen gesellschaftlichen Transformationsprozess in einem 'sozialdemokratischen 21. Jahrhundert' wird es mit dieser SPD nicht geben! ... Es ist die historische Herausforderung der Linkspartei, die Rolle einer Partei für eine anti-kapitalistische, systemüberwindende Reform- und Transformationspolitik im 21. Jahrhundert zu übernehmen." (H. Niemann)

Das Bebel-Kolloquium am 3. August d. J. (S. 35) wird Gelegenheit bieten, die Debatte weiterzuführen und zu vertiefen.

Mit dem zweiten Teil des Beitrages von Reiner Zilkenat über den Keppler-Kreis und der Konferenz über das NKFD und den antifaschistischen Kampf am 29. Juni d. J. (S. 36) wird die Auseinandersetzung mit der Problematik des deutschen Faschismus (und nicht nur des deutschen), die zunehmend an Bedeutung gewinnt, weitergeführt.

Heinz Karl

Inhaltsverzeichnis

Editorial	S. 1
Prof. Dr. Ursula Herrmann Von der Gründung des ADAV 1863 bis zum Erfurter Programm 1891 - Etappen auf dem Weg zur marxistischen Massenpartei der deutschen Arbeiterklasse	S. 3
Prof. Dr. Heinz Niemann Versuch einer Bilanz: 150 Jahre Sozialdemokratie	S. 12
Prof. Dr. Georg Fülberth New SPD	S. 24
Dr. Marga Beyer Einige Probleme der deutschen Sozialdemokratie zu Beginn des 20. Jahr- hunderts	S. 29
Dr. Reiner Zilkenat Das deutsche Großkapital, der Keppler-Kreis und die NSDAP: Zur Vorgeschichte des 30. Januar 1933 (II)	S. 31
Die nächsten Veranstaltungen des Arbeitskreises	S. 34
Einladung zum Kolloquium anlässlich des 100. Todestages von August Bebel am 3. August 2013 in Berlin	S. 35
Einladung zur Konferenz "Das Nationalkomitee Freies Deutschland und der antifaschistische Kampf (Zum 70. Jahrestag der Gründung des NKFD)" am 29. Juni 2013 in Berlin	S. 36

Impressum: Die GeschichtsKorrespondenz erscheint vierteljährlich. Sie wird Mitgliedern und Interessenten des Arbeitskreises kostenlos zur Verfügung gestellt - in der Regel per E-Mail.

E-Mail: marxistischer.arbeitskreis@die-linke.de

Neue Interessenten teilen bitte ihre E-Mail-Adresse entweder per Mail an obige E-Mail-Adresse oder per Post an die Redaktion (siehe unten) bzw. eine der in den Einladungen genannten Kontaktadressen mit.

Interessenten ohne E-Mail-Adresse sowie Bibliotheken und wissenschaftliche Institutionen wenden sich an die Redaktion.

Die GeschichtsKorrespondenz ist nicht im Buchhandel erhältlich.

Herausgeber: Marxistischer Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bei der Partei DIE LINKE.

Redaktion: Dr. Günter Wehner (V.i.S.d.P.)
Sella-Hasse-Str. 9, 12687 Berlin, Tel. 030-800962148

Gezeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung von Herausgeber und Redaktion wieder. Die nächste Ausgabe erscheint Juli 2013.

Prof. Dr. Ursula Herrmann

Von der Gründung des ADAV 1863 bis zum Erfurter Programm 1891 - Etappen auf dem Weg zur marxistischen Massenpartei der deutschen Arbeiterklasse

Zur Bewertung des ADAV

Unsere Konferenz wählt als Titel das Motto der SPD "150 Jahre deutsche Sozialdemokratie", bezogen auf die Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (ADAV) am 23. Mai 1863. Das Herangehen von Linken und früher der DDR an die Gründung der Arbeiterbewegung ist anders. Die DDR-Forschung wertete am ADAV, dass eine selbständige politische Arbeiterorganisation entstand, die sich Bourgeoisie und Kleinbürgertum entgegenstellte. Aber Lassalle verhandelte mit Bismarck, der den preußischen Landtag aufgelöst hatte. Er setzte auf das allgemeine gleiche Wahlrecht als Hauptweg zur Befreiung der Arbeiterklasse. Lassalles "Ehernes Lohngesetz" richtete sich gegen Gewerkschaften und Streiks. Dazu hat Robert Steigerwald auf der Konferenz des Marxistischen Arbeitskreises im Oktober 2011 über "Das Erfurter Programm 1891. Historische Wirkung und aktuelle Bedeutung" weiteres dargelegt.¹ Der spätere ADAV-Präsident J. B. von Schweitzer unterstützte Bismarcks Ziel der Einigung Deutschlands unter Führung des preußischen Militärstaats. Für seine Zeitung "Social-Demokrat" nahm er Gelder vom Bismarckstaat an. Die Organisation war diktatorisch aufgebaut. Hiergegen entstand im ADAV eine Opposition, deren beste Kräfte 1869 in Eisenach die Sozialdemokratische Arbeiterpartei (SDAP) mit begründeten.

Zum ADAV lagen 1963 in der DDR mehrere Publikationen vor. Verwiesen sei zum Beispiel auf Ernst Engelberg mit dem Hochschullehrbuch², Hans-Jürgen Friederici³, Heinz Hümmler⁴ und Erich Kundel⁵. Engelberg bezeichnete den ADAV als eine Sekte.⁶ Diesen Begriff verwandte der 1963 erschienene "Grundriss" nicht⁷ und auch nicht Band 1 der "Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung", der 1966 vorlag. Im Band 1 wurde festgestellt: "Ungeachtet der Mängel des Lassalleschen Programms, war der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein ein wichtiges Glied in der Kette von Vereinigungen, die zur Entstehung der sozialistischen Arbeiterbewegung in Deutschland führten."⁸ Als in der DDR-Geschichtsforschung später allgemein differenzierter gewertet wurde, galt das auch für den ADAV. Seine sozialistische Zielstellung und seine positiven Seiten wurden in den Mittelpunkt gerückt.

Die DDR-Forschung knüpfte die proletarische Partei nicht an ein fixes Datum wie die SPD, sondern betonte den Prozesscharakter. Sie setzte das allmähliche Heranreifen einer proletarischen Partei früher an, seit den 30er Jahren des 19. Jahrhunderts. So fasste bereits Franz Mehring die Geschichte der Sozialdemokratie auf.⁹ Der 1847 gegründete Bund der Kommunisten wurde als erste deutsche und zugleich internationale Arbeiterpartei gewertet mit seinem Parteiprogramm, dem von Karl Marx und Friedrich Engels verfassten "Manifest der Kommunistischen Partei". Die Rolle von Marx und Engels und der Bundesmitglieder in der Revolution 1848/49 wurde detailliert nachgewiesen. Die nach der Reaktionsperiode neu auflebende Arbeiterbewegung stand in dieser Kontinuität. Der qualitative Einschnitt in den 60er Jahren des 19. Jahrhunderts war für uns 1869 die Konstituierung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei - vor allem wegen ihrer programmatischen Zielstellung und weil sie sich zum Zweig der Internationalen Arbeiterassoziation (IAA) erklärte. Die Sozialdemokratie des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts haben wir niemals als Vorläufer der SPD in der BRD anerkannt. Wir haben herausgestellt, dass die Partei Bebel's, Liebknecht's und ihrer Anhänger eine prinzipiell andere Grundhaltung besaß als die SPD in der BRD.

Beim 100. Gründungstag des ADAV 1963 unternahm die SPD eine Vielzahl von Veranstaltungen und Publikationen. Zum diesjährigen Gründungsjubiläum sieht die SPD wieder ein umfangreiches Programm vor. Die behauptete Kontinuität von 1863 zu ihrer heutigen Politik soll ihr zugleich als Vorbereitung auf die Bundestagswahlen dienen. Vergleicht man ihr jetziges Geschichtsbild über das 19. Jahrhundert mit dem von 1963, dann wird deutlich, dass sich durch die umfangreichen Forschungen zur Arbeiterbewegung seit 1945 ihr Bild über das 19. Jahrhundert verändert hat. Das zeigt sich zum Beispiel in dem Band "Geschichte der Sozialen Demokratie", erschienen in der Reihe "Lesebuch der Sozialen Demokratie".¹⁰ Diese von der Friedrich-Ebert-Stiftung verantwortete Publikation wurde unter anderem bei der Eröffnung der Wan-

derausstellung "150 Jahre deutsche Sozialdemokratie" in Potsdam an die Teilnehmer vergeben. Man kann dem "Lesebuch" also eine gewisse Verbreitung zuschreiben. Zum Einfluss von Karl Marx und Friedrich Engels auf die deutsche Arbeiterbewegung ist darin manches anerkannt. Die Angaben zum Geschichtsverlauf sind didaktisch aufbereitet, knapp und übersichtlich gestaltet - so zum Beispiel die Auffassungen Lassalles im Vergleich mit Marx und Engels. In der Darstellung wird aber über die hier im Vortrag behandelten Jahre das Wesentliche verschwiegen: die revolutionäre Zielstellung der Partei Bebels und Liebknechts; ihr unversöhnlicher Gegensatz zum junkerlich-bourgeois Kaiserreich; das Streben nach einer grundlegenden Umgestaltung der Eigentums- und Machtverhältnisse; die Verurteilung des preußisch-deutschen Militarismus und die Warnung vor der Gefahr eines Weltkriegs von bis dahin ungeahnten Ausmaßen. Das alles auszulassen erklärt sich aus dem Wesen der SPD heute.

Internationale Arbeiterassoziation und Eisenacher Partei

In den Jahren um 1963 fand zur Gesamtgeschichte der Arbeiterbewegung eine breite Diskussion in der DDR statt. Einige DDR-Historiker konzentrierten sich im Einklang mit der internationalen Forschung auf den 100. Jahrestag der Internationalen Arbeiterassoziation am 24. September 1864. Der 100. Gründungstag der IAA bewirkte Anfang der 60er Jahre einen internationalen Aufschwung ihrer Erforschung. Er wurde getragen zum einen vom IML beim ZK der KPdSU - hier wurden zum Beispiel die Generalratsprotokolle der IAA herausgegeben -, zum anderen durch die Internationale Kommission der Geschichte der sozialen Bewegungen und der sozialen Strukturen (Commission Internationale d'Histoire des Mouvements Sociaux et des Structures Sociales) beim Internationalen Komitee der Geschichtswissenschaften. In diesen Prozess reihte sich die DDR-Forschung mit mehreren Vorhaben ein.¹¹ BRD-Historiker beteiligten sich an diesen Forschungen wenig. Führende Historiker der BRD behaupteten damals, in Deutschland habe die IAA keine Rolle gespielt. Nachdem die Institute für Marxismus-Leninismus in Berlin und Moskau 1964 gemeinsam einen Dokumentenband von mehr als tausend Seiten über die Internationale in Deutschland vorgelegt hatten,¹² war diese Behauptung nicht mehr aufrechtzuerhalten. Im Einklang mit dem Aufschwung der Forschungen zur IAA fand in Berlin am 10. und 11. September 1964 eine wissenschaftliche Konferenz mit starker internationaler Beteiligung statt, veranstaltet vom IML und dem Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED.¹³

Der Band "Die I. Internationale in Deutschland (1864 - 1872)" belegte an neuen Dokumenten, wie stark die IAA mit Karl Marx als Sekretär für Deutschland den Prozess der Parteigründung förderte. Herausgehoben wurde die Rolle, die dem ersten Band des "Kapitals", 1867 publiziert, für den ideologischen Klärungsprozess zukam. Der IAA-Band widerlegte auch, dass Bebel und Liebknecht erst durch den Staatsstreich des Präsidenten des ADAV vom 18. Juni 1869 gegen ihren Willen zur Gründung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei gedrängt worden seien¹⁴ - eine Auffassung, die 1963/1964 gegen unsere Konzeption ins Feld geführt wurde. Hiergegen konnte nunmehr die zielgerichtete Vorbereitung der Parteigründung durch Bebel, Liebknecht und ihre Mitstreiter belegt werden. Im Band 1 des "Achtbänders" wurden die neuen Forschungsergebnisse zusammenhängend dargestellt und vertieft.¹⁵ Die Gründung der SDAP im August 1869 in Eisenach und ihr Programm boten einen neuen Ausgangspunkt für die Entfaltung einer marxistischen Massenpartei der deutschen Arbeiterklasse. Als Leitsätze des Programms übernahm sie die von Marx ausgearbeitete Präambel zu den Statuten der IAA. Das übergeht das "Lesebuch" und damit auch, dass die SDAP eine Veränderung der Eigentumsverhältnisse forderte. Das "Lesebuch" benennt aber den Beitritt zur IAA und hebt den Zusammenhang von politischem und sozialem Kampf als Programmaussage hervor.

Dass die Forderung nach dem "freien Volksstaat" im Programm der SDAP vor allem die unversöhnliche Frontstellung zum junkerlich-bourgeois Militärstaat beinhaltete, zeigte die Haltung der SDAP im Deutsch-Französischen Krieg 1870/71 und zur Pariser Kommune. Ablehnung des Aggressionskriegs, Anprangerung der Annexion von Elsass-Lothringen, die Forderung nach Anerkennung der französischen Republik - so traten Bebel und Liebknecht im Reichstag auf und provozierten Tobsuchtsanfälle bürgerlicher Politiker. Diese Haltung und ihr Bekenntnis zur ersten Arbeiterregierung der Welt - zur Pariser Kommune - wurde in der inter-

nationalen Arbeiterbewegung als beispielgebende Tradition in der Folgezeit anerkannt. Mit diesen Ereignissen verbunden, wurden 1870/71 marxistische Ideen in einem bis dahin nicht erreichten Umfang verbreitet, vor allem durch die von Karl Marx verfassten beiden Adressen des Generalrats der IAA zum Deutsch-Französischen Krieg und durch die Lehren der Pariser Kommune, von Marx gezogen in der Adresse des Generalrats "Der Bürgerkrieg in Frankreich". In Verbindung mit dem Leipziger Hochverratsprozess 1872 wurde das "Kommunistische Manifest" veröffentlicht.¹⁶

Der Vereinigungskongress im Mai 1875 in Gotha beschloss bekanntlich ein Kompromissprogramm. Doch begünstigten in der nunmehr gegründeten Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands die objektiven Kampfbedingungen, den Lassalleanismus zurückzudrängen. Trotz des Kompromissprogramms stärkte die Vereinigung die Auseinandersetzungen mit dem Klassenstaat, konnten die Ideen von Marx und Engels nunmehr in der vereinten Arbeiterbewegung verbreitet werden.¹⁷ Marx' "Randglossen" wirkten weit über den Anlass hinaus. Ihre Veröffentlichung durch Engels im Januar 1891 beeinflusste die Diskussion um das neue Parteiprogramm wesentlich. In der DDR wurden sie in den 60er Jahren herangezogen beim Versuch einer Gesellschaftskorrektur.

Zur Forschungslage in der DDR

In den Jahrzehnten nach der Befreiung vom Faschismus bis zum Zusammenbruch der europäischen sozialistischen Staaten wurde der Geschichte der Arbeiterbewegung im internationalen Rahmen eine Aufmerksamkeit zuteil wie nie zuvor. Das erklärt sich aus dem Gegenüber der beiden Weltsysteme. Davon profitierten die Forschungen zur deutschen Arbeiterbewegung des 19. Jahrhunderts. In diesen Jahrzehnten erwuchs ein bis dahin nicht da gewesener quantitativer und qualitativer Erkenntnisgewinn - zur Arbeiterbewegung wie zur Wechselwirkung der gesellschaftlichen Kräfte unter den jeweiligen sozialökonomischen Bedingungen. In der DDR wurde die Quellenbasis durch Editionen auf ein bis dahin nicht gekanntes Fundament gehoben. Genannt seien die Marx-Engels-Werke und dann die MEGA, Reprints der zentralen Presseorgane, zeitgenössischer Briefwechsel, Dokumente aus Archiven und vieles mehr. Der DDR kamen die Erschließung neuer Quellen und detaillierte Forschungen in vielen Ländern zu Gute. Verwiesen sei auf die vom Internationalen Institut für Sozialgeschichte besorgten Briefbände, auf Nachdrucke von Zeitungen und Protokollen durch die Friedrich-Ebert-Stiftung, um nur einiges zu nennen. Auf dieser Quellengrundlage entstanden in der DDR Gesamtdarstellungen wie Ortsgeschichten, Monographien und Biographien, Aufsätze und Artikel - zumeist auf hohem wissenschaftlichem Niveau.¹⁸ Daran prallen die Diffamierungen ab, die Geschichte sei in der DDR die Magd der Politik gewesen. Getroffen werden soll die auf dem historischen Materialismus basierende Geschichtsauffassung. Zum Glück sind die Quellenerschließungen in den letzten 20 Jahren weiter gegangen. Die MEGA wird fortgeführt. Die Bebel-Ausgabe ist abgeschlossen.¹⁹ Zum ADAV liegt eine umfassende Dokumentenpublikation vor²⁰, um nur einiges zu nennen.

Die DDR erhob den Anspruch, das Erbe der revolutionären Arbeiterbewegung zu verwirklichen. Tatsächlich entsprach die revolutionäre Arbeiterbewegung des 19. Jahrhunderts in ihren Zielen und ihrem Handeln in vielem dem, was die Gestalter des gesellschaftlichen Umbruchs nach 1945 erstrebten. Aber diese Traditionslinie ist aus heutiger Sicht zwiespältig. Unsere Ideale in der DDR entsprachen dem, wofür die revolutionäre Sozialdemokratie kämpfte. Aber die Praxis der gesellschaftlichen Gestaltung stand in vielem nicht im Einklang mit der revolutionären Sozialdemokratie. Der größte Widerspruch zwischen beiden war die Auffassung und Handhabung von Demokratie, das Vertrauensverhältnis zu den Parteimitgliedern und in die Volksmassen, die Selbständigkeit der Basis. Die revolutionäre Sozialdemokratie war durch und durch demokratisch gestaltet. Sie lebte durch die Eigeninitiative der Mitglieder und örtlichen Parteiorganisationen, orientiert an zentralen Festlegungen. An dieser Selbständigkeit der Basis zerbrach zum Beispiel das Sozialistengesetz.

Marxistische Massenpartei der deutschen Arbeiterklasse?

Forschungsergebnisse in der DDR wie international führten seit 1963 dazu, die Entwicklung der Sozialdemokratie im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts unter den konzeptionellen Faden "Herausbildung der marxistischen Massenpartei der deutschen Arbeiterklasse" zu stellen und auf die Durchsetzung des Marxismus in der deutschen Arbeiterbewegung das besondere Augenmerk zu richten. Dazu lagen 1963 bereits gewichtige Erkenntnisse vor. Verwiesen sei zum Beispiel auf Arbeiten von Horst Bartel²¹, Ernst Engelberg²² und Heinrich Gemkow²³. Dieses Wissen wurde in den folgenden rund 25 Jahren um ein Vielfaches erweitert und vertieft. Allerdings gab es von DDR-Historikern auch Widerspruch gegen die Einschätzung "Durchsetzung des Marxismus".

Mit diesem Begriff sind wir nicht leichtfertig umgegangen. Wir haben ihn an die Periode von 1871 bis zum Beginn des Imperialismus geknüpft, als es um die Sammlung und Gewinnung der Kräfte für eine künftige Revolution ging. Wir verbanden die Einschätzung damit, dass die sozialdemokratische Partei einem beachtlichen Teil der Arbeiter ihre Klassenlage bewusst machte, sie mit den Grundauffassungen der Lehre von Marx und Engels vertraut machte und dass diese Lehre zur bestimmenden Auffassung in der sozialdemokratischen Partei wurde, nicht zur einzigen. Für die Einschätzung wurde die Gesamtheit des Wirkens der Sozialdemokratie herangezogen. Dabei versuchten wir, die ganze Differenziertheit dieses Prozesses mit seinen objektiven und subjektiven Bedingungen zu erfassen, mit den Erfolgen und Widersprüchen.²⁴ Chronologisch vollzog sich dieser Prozess in besonderem Maße unter dem Sozialistengesetz. Im Erfurter Programm fand er 1891 seinen überzeugenden Ausdruck.

Hat unsere Charakterisierung der Arbeiterbewegung im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts heute noch Bestand? Ich meine schon. Allerdings ist einzuräumen, dass wir die zuwider laufenden Strömungen manchmal zu gering erachtet und die Anerkennung und Verbreitung der marxistischen Ideen teilweise überschätzt haben.

Was erlaubt, schon für 1890/91 von einer Massenpartei zu sprechen? Damit wird die außergewöhnliche Leistung der Sozialdemokratie unter dem Sozialistengesetz anerkannt. Trotz zwölf Jahren Ausnahmegesetz mit Verbot der Organisation und der Presse, mit Ausweisungen und Inhaftierungen brach die Arbeiterbewegung nicht zusammen, sondern vergrößerte ihren Einfluss. Im Vergleich zu 1877/78 verdoppelte sich die Mitgliederzahl der Partei von etwa 40 000 auf schätzungsweise 75 000. Die Zahl der in sozialdemokratischen Gewerkschaften organisierten Arbeiter stieg auf 295 000, um 60 Prozent gegenüber Anfang 1889, auf das Sechsfache gegenüber 1878. Die Zahl ihrer Wähler wuchs von 493 447 im Januar 1877 auf 1 427 298 Stimmen im Februar 1890. Sie verdreifachten sich also. Mit 19,7 Prozent der Stimmen wurde die Sozialdemokratie zur Partei mit den meisten Wählern. Welche politische Massenarbeit diesem Erfolg zugrunde lag, ist zum Beispiel für die Wahlen 1890 detailliert untersucht worden.²⁵

Diese Zeit zugespitzten Klassenkampfes bildete einen fruchtbaren Nährboden für die Lehren von Karl Marx und Friedrich Engels. In ihrer Lehre sahen damals führende Kräfte und viele Mitglieder der deutschen Sozialdemokratie die gesellschaftliche Realität adäquat wiedergespiegelt. Sie erlebten die Klassegegensätze in der Fabrik wie in der Politik, in ihrem ganzen gesellschaftlichen Umfeld. Vor ihren Augen vollzog sich die Konzentration der Produktion, wuchs die Zahl der Arbeiter rasant an. Sie waren überzeugt, dass die Arbeiterklasse im internationalen Zusammenwirken die historische Aufgabe hat, die gesellschaftlichen Verhältnisse von Grund auf umzugestalten durch die Eroberung der politischen Macht und die Beseitigung des Privateigentums an Produktionsmitteln. Ihr Ziel war der Sozialismus, frei von Ausbeutung, Unterdrückung und Krieg bei freier Entfaltung der Persönlichkeit. Diesen Prozess betrachteten sie als gesetzmäßig, als Resultat der gesellschaftlichen Entwicklung, aber nicht als Automatismus, wie oft unterstellt wird. Er erforderte die Organisation der Arbeiterklasse in Partei und Gewerkschaften, die Aufklärung der Masse der Werktätigen im ständigen ökonomischen, politischen und ideologischen Klassenkampf. Die Lehre von Marx und Engels wurde als wissenschaftliche Richtschnur angesehen - für den täglichen Kampf wie für das sozialistische Ziel. Das widerspiegelt auch das Protokoll des Arbeitervereins von Lichtenberg-Friedrichsberg.²⁶ Wenn Ende des 20. Jahrhunderts die Entwicklung auch einen anderen Verlauf nahm, in jener Zeit erwuchs der Arbeiterklasse aus dem Bewusstsein einer weltgeschichtlichen Aufgabe

Kampfesmut und Einsatzbereitschaft, Entfaltung der Persönlichkeit im Ringen um eine Menschheitsaufgabe.

Die Entfaltung der marxistischen Massenpartei vollzog sich nicht im Selbstlauf, sondern durch die Verbreitung der Lehren von Marx und Engels in bis dahin nicht gekanntem Ausmaß und durch die daran ausgerichtete Politik der Sozialdemokratie. Die Zeitung "Der Sozialdemokrat" spielte für beides eine gewichtige Rolle.²⁷ Zur Verbreitung der Ideen von Marx und Engels legte die Marx-Engels-Abteilung des IML 1979 eine Bibliographie vor mit dem Titel "Das Werk von Marx und Engels in der Literatur der deutschen Sozialdemokratie (1869 bis 1895)".²⁸ Eine erstaunliche Fülle ihrer Schriften und von Zitaten aus ihren Werken in Veröffentlichungen von Sozialdemokraten ist dort verzeichnet, mit ausführlichen Quellenbelegen.

Ein Beispiel für die erfolgreiche Politik der sozialdemokratischen Partei sind die Sozialreformen. Mit ihnen erreichte Bismarck sein politisches Ziel - die Sozialdemokratie zu vernichten - bekanntlich nicht.²⁹ Und weshalb nicht? Weil die Sozialdemokratie zum einen nachwies "Ohne Sozialdemokratie keine Sozialreform" und weil sie die Sozialgesetze mit der reaktionären Gesamtpolitik des Kaiserreichs konfrontierte.³⁰ Reformistische Verstöße wies die Mehrheit der Partei zurück. Ihre Haltung erklärte die Sozialdemokratie nicht nur im Reichstag. Die Reden konnten legal als Broschüren verbreitet werden. Beim Krankenkassengesetz ermöglichte 1883 die freie Kassenwahl, mehr als tausend Versammlungen durchzuführen.³¹ Bei den Beratungen des Alters- und Invaliditätsgesetzes 1887 bis 1889 organisierte sie zwei große Versammlungswellen.³² Die Sozialdemokratie zeigte in der Argumentation ein hohes Verständnis von Tagesforderungen und sozialistischem Ziel. Das wird oft bestritten. Dazu lassen sich aber viele zeitgenössische Zitate anführen.

Ihre marxistischen Positionen bewies die Sozialdemokratie im antimilitaristischen Kampf, zum Beispiel im Wahlauf Ruf vom Februar 1887. Inmitten einer von der Bismarck-Regierung entfachten Kriegspsychose gegen Frankreich bekundeten die Arbeiterparteien Deutschlands und Frankreichs ihre internationale Solidarität. Auf dem Internationalen Arbeiterkongress 1889 in Paris, der zum Ausgangspunkt der II. Internationale wurde, erklärten sich die Teilnehmer aus 22 Ländern gegen Militarismus und Krieg und bezeichneten den Frieden als die erste und unerlässliche Bedingung jeder Arbeiteremanzipation.³³

Beim kürzlich gefeierten 50. Jahrestag des Freundschaftsvertrages zwischen Frankreich und der BRD wurde dieser als Ende einer Jahrhunderte währenden Feindschaft beider Länder dargestellt. Für die revolutionäre Arbeiterbewegung gab es diese Feindschaft nicht.

Gleichstellung der Frau

Will man die Durchsetzung der Ideen von Marx und Engels in der deutschen Arbeiterbewegung beurteilen, nimmt das Ringen um die Gleichstellung der Frau einen beachtlichen Platz ein. Im Jahr des 100. Todestages von August Bebel sei an sein Buch "Die Frau und der Sozialismus" erinnert, dessen 1. Auflage im Februar 1879 erschien. Erst in der 50. Auflage 1910 nahm das Buch die heute bekannte Gestalt an.³⁴ Es war bei Bebel's Tod in 20 Sprachen mit zumeist mehreren Auflagen übersetzt. Am zahlreichsten erschienen sie 1905/06 in Russland, also während der Revolution.³⁵ Das Buch ist ein Beispiel für die selbständige Verarbeitung der Auffassungen von Marx und Engels und zugleich für die weitere Konkretisierung.³⁶

Bebel's Buch fußte erstens auf dem historischen Materialismus. Er wies die Hauptthese der Emanzipationsgegner zurück, dass die unterdrückte Stellung der Frau naturgegeben und unabänderlich sei. Vielmehr liegen der Stellung der Frau soziale Prozesse zugrunde, wies Bebel nach, die der historischen Veränderung unterworfen sind.

Zweitens erläuterte Bebel, dass die Berufstätigkeit der Frau eine entscheidende Voraussetzung für ihre ökonomische Unabhängigkeit vom Mann ist. Karl Marx hatte das im ersten Band des "Kapitals" 1867 betont.³⁷

Bebel forderte drittens in seinem Buch die Einbeziehung der Frauen in die Politik, ihre Organisierung. Der Zusammenhang von Arbeiterbewegung und Frauenbefreiung verwarf die Denkvorstellung von der Feindschaft der Geschlechter.

Und viertens unterstrich auch dieses Buch, auf das Endziel des Sozialismus gelte es nicht zu warten. Im Hier und Heute müssten Veränderungen erkämpft werden. Nicht zufällig befasste sich der größte Teil von Bebel's theoretischem Hauptwerk damit, die Lage der Frauen im Kapitalismus anzuprangern.

"Die Frau und der Sozialismus" bezeugt Bebel's Aufgeschlossenheit für neue Erkenntnisse der marxistischen Theorie. In die 2. Auflage von 1883 - wegen Verbots der ersten Auflage unter dem Titel "Die Frau in der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft" - nahm er Erkenntnisse aus Friedrich Engels' "Anti-Dühring" auf. In der 1891 herausgekommenen 9. Auflage, wieder unter dem Titel "Die Frau und der Sozialismus", überarbeitete er den historischen Teil vollständig in Anlehnung an Engels 1884 erschienene Schrift "Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates". Er fügte in die weiteren Auflagen auch neue Erkenntnisse der Medizin, der Naturwissenschaften, der Sozialforschung und der Statistik ein.

Der 150. Gründungstag des ADAV fordert dazu heraus, dessen Haltung zur Frauenemanzipation zu benennen. Der ADAV lehnte die Berufstätigkeit der Frau ab. Er betrachtete Frauenarbeit entsprechend dem angeblichen "Ehernen Lohngesetz" als Lohndrückerei. Den Frauen gestand er auch keine politischen Rechte zu, da sie in ihrer Unbildung konservativ urteilen würden. Anders der ebenfalls 1863 gegründete Verband Deutscher Arbeitervereine, der an demokratische Traditionen der Revolution 1848/49 anknüpfte. Der Vereinstag 1865 in Stuttgart setzte sich für Frauenarbeit ein, für die Gleichstellung und Ebenbürtigkeit der Frau mit dem Mann.³⁸ Louise Otto-Peters, die Vorsitzende des 1865 gegründeten Allgemeinen deutschen Frauenvereins, urteilte 1868 in einem Artikel über ADAV und VDAV: "Uns schien es nun höchst natürlich, wenn ... die Arbeiter und die Frauen (Arbeiterinnen) in der großen sozialen Bewegung der Gegenwart als Bundesgenossen auftreten, als Verbrüdete und Verschwisterte ... Leider ist es unter den Arbeitern nur die eine Partei, welche unsere Bestrebungen freundlich aufgenommen, uns hier und da die Hand geboten und selbst mit bemüht ist, die Frauen in neue Erwerbsgebiete einzuführen, indes die andere Partei der Arbeiter das Lösungswort ausspricht: 'Fort mit der Frauenfabrikarbeit!'"³⁹

Auf dem Eisenacher Kongress prallten beide Auffassungen aufeinander. Ein Delegierter aus der Opposition im ADAV forderte das Verbot der Frauenarbeit. Beschlossen wurde letztlich ein Kompromiss: "Einschränkung der Frauenarbeit in industriellen Etablissements".⁴⁰ Auf dem Vereinigungskongress in Gotha im Mai 1875 ließ sich Bebel's Antrag auf Wahlrecht für Frauen nicht durchsetzen. Erst das Erfurter Programm bekannte sich eindeutig zur Gleichberechtigung der Frau. Der erste Teil des Programms ordnete die Befreiung der Frau in den allgemeinen Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung ein. Bei den demokratischen Forderungen an die bestehende Gesellschaft bekannte sich das Programm unter Punkt 1 zum allgemeinen gleichen direkten und geheimen Wahlrecht ab 20 Jahren ohne Unterschied des Geschlechts. Punkt 5 lautete: "Abschaffung aller Gesetze, welche die Frau in öffentlich- und privatrechtlicher Beziehung gegenüber dem Manne benachteiligen."⁴¹

Das alles stand international erstmals in einem Parteiprogramm. Im Deutschen Kaiserreich gab es vor dem ersten Weltkrieg außer der Sozialdemokratie keine andere politische Partei, die die Gleichstellung der Geschlechter oder wenigstens das allgemeine Wahlrecht für Frauen zum Reichstag in ihrem Parteiprogramm forderte. Frauenrechte nahmen auf den Kongressen der II. Internationale und in der Politik der sozialdemokratischen Parteien einen beachtlichen Raum ein.⁴² Vor allem der 1910 beschlossene Internationale Frauentag verhalf den Forderungen zur Massenwirksamkeit. Unzweifelhaft gebührt der deutschen und internationalen Sozialdemokratie das Verdienst, in der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg im gesellschaftlichen Bewusstsein das Umdenken hinsichtlich der Stellung der Frau vorgebracht zu haben. Ihr Kampf mündete in Forderungen der Revolutionen von 1917, 1918 und 1919 und führte zu Gesetzesveränderungen zugunsten der Frauen. Nicht der Erste Weltkrieg brachte das Frauenwahlrecht in die Weimarer Verfassung, sondern vorrangig das Ringen der Arbeiterbewegung und der Frauenbewegung.

Die feministische Bewegung übergeht zumeist Bebel's Buch oder diffamiert es sogar. Dabei werden von Bebel's Erkenntnisse der heutigen Zeit gefordert, vor allem hinsichtlich patriarchalischer Gewohnheiten. Negiert wird die damalige Ausgangsposition. Zeitgenössische Frauen-

rechtlerinnen sahen das anders. Helene Stöcker würdigte Bebel als einen "der ersten Kämpfer für eine umfassende soziale, wirtschaftliche, geistige und sexuelle Befreiung der Frau".⁴³ Zwei Forscher aus den USA werteten das Eintreten der deutschen Arbeiterbewegung für die Rechte der Frauen in dem hier behandelten Zeitraum so hoch, dass sie dafür den Terminus "Men's Feminism" prägten. In dem im Jahr 2000 erschienenen Buch untersuchten sie die Rolle des Verbandes Deutscher Arbeitervereine, die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiterinnen in der 1869 gegründeten Internationalen Gewerksgenossenschaft der Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter beiderlei Geschlechts, das Wirken der Sozialdemokratie bis 1890/91 und die Ausstrahlung von Bebels Buch. Sie kamen zu dem Schluss, es sei damals einmalig gewesen, dass von Männern dominierte Massenorganisationen sich für die Gleichstellung der Frau einsetzten.⁴⁴

Hinsichtlich der Gleichstellung der Frau war die DDR unbestreitbar wesentlich weiter als die BRD. Entsprechende Gesetze wurden zeitlich rasch durchgesetzt: am 17. August 1946 der Befehl Nr. 253 der SMAD zur gleichen Entlohnung für gleiche Arbeitsleistung unabhängig von Geschlecht und Alter, am 27. September 1950 das Gesetz über den Mutter- und Kinderschutz und die Rechte der Frau - es hob 426 Paragraphen des BGB auf -, das Familiengesetzbuch im Jahr 1965 und das Gesetz über die Unterbrechung einer Schwangerschaft vom 9. März 1972. Die Erfolge ihrer Frauenpolitik veranlassten die SED, zum 100. Erscheinungsjahr der 1. Auflage von Bebels Buch eine Internationale Konferenz am 23. und 24. Februar 1979 in Berlin durchzuführen. Den Beteiligten wurde eine neu gestaltete Ausgabe von "Die Frau und der Sozialismus" geschenkt. So wurde auf einer Konferenz über aktuelle Erfahrungen der Verdienste Bebels international gedacht.

Ob den Verfassern des Lesebuchs "Geschichte der Sozialen Demokratie" bei der Durchsicht ihres Entwurfs aufgefallen ist, dass die Rolle der Frau unterbelichtet ist? Jedenfalls schieben sie zwischen Einführung und historische Kapitel zwei Seiten ein mit der Überschrift "Die SPD ist weiblich". Vorgestellt werden "neun SPD-Politikerinnen" von Clara Zetkin bis Inge Wettig-Danielmeier. Drei betreffen die hier in Betracht gezogene Zeit, außer Clara Zetkin noch Lily Braun und Rosa Luxemburg.⁴⁵

1891 - ein Beispiel für Marx-Engels-Drucke

Unmittelbar nach dem Sieg über das Sozialistengesetz wurden 1891 so viele marxistische Werke verbreitet wie bis dahin in keinem anderen Jahr. Marx' "Randglossen" erreichten eine Massenaufgabe: etwa 10 000 Exemplare durch den Abdruck in der "Neuen Zeit", 44 000 durch den "Vorwärts", außerdem durch Abdrucke in der sozialdemokratischen Lokalpresse, unter anderen im "Braunschweiger Volksfreund", in der "Märkischen Volksstimme" (Potsdam), der "Sächsischen Arbeiter-Zeitung" (Dresden) und im "Wähler" (Leipzig). In Massenaufgaben von je 10 000 Exemplaren erschienen das "Manifest der Kommunistischen Partei", Marx' "Bürgerkrieg in Frankreich", Engels' Schrift "Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft" sowie "Lohnarbeit und Kapital" von Marx. Eine neue Auflage vom ersten Band des "Kapitals" war 1890 herausgekommen. Engels' "Ursprung" wurde im November 1891 in 4. Auflage in 2000 Exemplaren vorgelegt. Von Bebels Buch "Die Frau und der Sozialismus" erschien im Januar 1891 die 9. überarbeitete Auflage. Im August 1891 folgte bereits die 10. Auflage.⁴⁶

Das alles trug zur Entscheidung über das Erfurter Programm mit bei. Es war das damals reifste Programm einer Arbeiterpartei. Sozialdemokratische Parteien in anderen Ländern orientierten sich daran.⁴⁷ Das Jahr 1891 kann so als ein Markstein bei der Entwicklung der Sozialdemokratie zur marxistischen Massenpartei der Arbeiterklasse und für die Durchsetzung des Marxismus in ihren Reihen gelten.

Anmerkungen

1 Vgl. Robert Steigerwald: Nachdenken anlässlich des 120. Jahrestages des Erfurter Programms, in: GeschichtsKorrespondenz. Marxistischer Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bei der Partei DIE LINKE, Nummer 4, 17. Jg., S. 3 - 4.

- 2 Vgl. Ernst Engelberg: Deutschland von 1849 bis 1871 (Von der Niederlage der bürgerlich-demokratischen Revolution bis zur Reichsgründung), Berlin 1959.
- 3 Vgl. Hans-Jürgen Friederici: Der Politiker Ferdinand Lassalle, Phil. Diss. Leipzig 1958.
- 4 Vgl. Heinz Hümmeler: Opposition gegen Lassalle. Die revolutionäre proletarische Opposition im Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein 1862/63 - 1866, Berlin 1963.
- 5 Vgl. Erich Kundel: Marx und Engels im Kampf um die revolutionäre Arbeitereinheit. Zur Geschichte des Gothaer Vereinigungskongresses von 1875, Berlin 1962.
- 6 Ernst Engelberg: Deutschland von 1849 bis 1871, S. 149.
- 7 Vgl. Grundriß zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin 1963, S. 52/53.
- 8 Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Band 1. Von den Anfängen der deutschen Arbeiterbewegung bis zum Ausgang des 19. Jahrhunderts, Berlin 1966, S. 211.
- 9 Vgl. Franz Mehring: Geschichte der deutschen Sozialdemokratie. Erster Teil. Von der Julirevolution bis zum preußischen Verfassungskampfe 1830 bis 1863. Gesammelte Schriften, Band 1, Berlin 1960.
- 10 Vgl. Michael Reschke, Christian Kreil, Jochen Dahm u. a.: Geschichte der Sozialen Demokratie. Reihe Lesebuch der Sozialen Demokratie, Bonn 2012. Zu den Redaktionsmitgliedern gehört auch Helga Grebing.
- 11 Vgl. Rolf Dlubek: Auf dem Weg zur MEGA. Die internationale Zusammenarbeit zum 100. Gründungstag der Internationalen Arbeiterassoziation (1964), in: Die Marx-Engels-Werkausgaben in der UdSSR und DDR (1945 - 1968). Beiträge zur Marx-Engels-Forschung. Neue Folge. Sonderband 5, Hamburg 2005, S. 429 - 462. Siehe dort auch die Publikationen in der DDR im Einzelnen.
- 12 Vgl. Die Internationale in Deutschland (1864 - 1872). Dokumente und Materialien, Berlin 1964. Leiter des Autorenkollektivs waren Rolf Dlubek und Evgenija Stepanova.
- 13 Vgl. Marx, Engels und die I. Internationale. Protokoll der wissenschaftlichen Konferenz zum 100. Jahrestag der Gründung der I. Internationale, Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (BzG), Sonderheft 1964.
- 14 Inzwischen wurden zwei Briefe von Julius Bremer aus Magdeburg an August Bebel vom 2. und 4. Juni 1869 gefunden, die belegen, dass sich Bebel und Liebknecht bereits im Mai 1869 um ein Zusammentreffen mit Wilhelm Bracke, dem führenden Kopf der Opposition im ADAV, bemühten. Bremer schrieb an Bebel am 2. Juni, dass Bracke zu einer Unterredung bereit sei. Am 4. Juni 1869 fragte er an, ob Bebel am 18. oder 19. Juni nach Magdeburg kommen wolle. Die Unterredung, die dann am 22. Juni 1869 nach Schweitzers "Staatsstreich" stattfand, war also unabhängig davon geplant worden.
- 15 Dieses Kapitel verfasste Rolf Dlubek.
- 16 Vgl. [Inge Werchan u. a.]: Das Werk von Marx und Engels in der Literatur der deutschen Sozialdemokratie (1869 - 1895). Bibliographie, Berlin 1979, S. 43 ff.
- 17 Vgl. z. B. den Versuch einer genaueren Analyse bei Ursula Herrmann: Um die Durchsetzung des Marxismus in der deutschen Arbeiterbewegung 1869 bis 1878, in: BzG, 1983, Heft 3, S. 352 - 367, besonders ab S. 360.
- 18 Vgl. die Forschungsberichte, die alle 10 Jahre in der "Zeitschrift für Geschichtswissenschaft" erschienen: Historische Forschungen in der DDR 1960 - 1970. Analysen und Berichte, ZfG, Sonderband 1970; Historische Forschungen in der DDR 1970 - 1980 ..., Sonderband 1980.
- 19 Von "August Bebel: Ausgewählte Reden und Schriften" lagen 1990 die Bände, 1, 2 und 6 vor. Auf der Grundlage von Vorarbeiten seitens der Akademie der Wissenschaften der DDR brachten Anneliese Beske und Eckhard Müller die Bände 3 bis 5 und 7 bis 10 heraus. Die gesamten zehn Bände (in 14 Halbbänden) erschienen zwischen 1995 und 1997 im Verlag K. G. Saur, München u. a. Vgl. auch August und Julie Bebel. Briefe einer Ehe. Hrsg. Ursula Herrmann, Bonn 1997.
- 20 Vgl. Die erste deutsche Arbeiterpartei. Materialien zur Organisation, Verbreitung und Sozialstruktur von ADAV und LADAV 1863 - 1871. Hrsg. Toni Offermann. Archiv für Sozialgeschichte, Beiheft 22, Bonn 2002.
- 21 Horst Bartel: Marx und Engels im Kampf um ein revolutionäres deutsches Parteiorgan 1879 bis 1890. Zu einigen Problemen der Hilfe von Karl Marx und Friedrich Engels für den Kampf des "Sozialdemokrat" gegen das Sozialistengesetz, Berlin 1961.
- 22 Ernst Engelberg: Die Rolle von Marx und Engels bei der Herausbildung einer selbständigen deutschen Arbeiterpartei (1864 - 1869), in: ZfG, 1954, Heft 4, S. 509 - 537, Heft 5, S. 637 - 665.
- 23 Heinrich Gemkow: Friedrich Engels' Hilfe beim Sieg der deutschen Sozialdemokratie über das Sozialistengesetz, Berlin 1957.
- 24 Versuch einer Zusammenfassung der Forschungen zu dieser Problematik bei Ursula Herrmann: Kriterien für die Durchsetzung des Marxismus in der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands unter dem Sozialistengesetz, in: BzG 1983, H. 2, S. 200 - 213.
- 25 Vgl. Wilfried Henze: Die politische Massenarbeit der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands in Vorbereitung der Reichstagswahl 1890, in: BzG 1985, Heft 1, S. 29 - 39.
- 26 Vgl. Ursula Herrmann: Aus dem Alltag eines Arbeitervereins 1891 bis 1901. Der sozialdemokratische Arbeiterverein von Lichtenberg-Friedrichsberg in Protokollen und Berichten, Berlin 2011.

- 27 Vgl. Horst Bartel, Wolfgang Schröder, Gustav Seeber, Heinz Wolter: Der Sozialdemokrat 1879 - 1890. Ein Beitrag zur Rolle des Zentralorgans im Kampf der revolutionären Arbeiterbewegung gegen das Sozialistengesetz, Berlin 1975.
- 28 Vgl. [Inge Werchan u. a.:] Das Werk von Marx und Engels in der Literatur der deutschen Sozialdemokratie (1869 - 1895). Bibliographie, Berlin 1979.
- 29 Zu Bismarcks Intentionen vgl. Ernst Engelberg: Bismarck. Das Reich in der Mitte Europas, Berlin 1990, bes. S. 379 ff.
- 30 Vgl. z. B. August Bebel: Die Tätigkeit des Deutschen Reichstages von 1887 bis 1890. In: Ausgewählte Reden und Schriften, Bd. 2, 1878 bis 1890, Erster Halbband, Berlin 1978 (Neudruck 1995), S. 631 - 724, besonders S. 684. - Vgl. ausführlich [Horst Bartel/Wolfgang Schröder/Gustav Seeber:] Das Sozialistengesetz 1878 - 1890. Illustrierte Geschichte des Kampfes der Arbeiterklasse gegen das Ausnahmegesetz, Berlin 1980. Dieser Band ist bis heute die beste Darstellung über diese Zeit. - Vgl. auch Ursula Herrmann: Die Sozialdemokratie und die Bismarckschen Sozialgesetze, in: Heidi Beutin/Wolfgang Beutin/Holger Malterer/Friedrich Mülder (Hrsg.): 125 Jahre Sozialistengesetz. Beiträge der öffentlichen wissenschaftlichen Konferenz vom 28. - 30. November 2003 in Kiel, Frankfurt a. M. u. a. 2004, S. 147 - 156.
- 31 Das Sozialistengesetz, S. 148.
- 32 Vgl. Gudrun Hofmann: Die deutsche Sozialdemokratie und die Sozialreformen von 1889, in: ZfG, 1982, Heft 6, S.511 - 523.
- 33 Protokoll des Internationalen Arbeiter-Congresses zu Paris. Abgehalten vom 14. bis 20. Juli 1889. Deutsche Übersetzung, Nürnberg 1890, S. 119 - 120.
- 34 Vgl. die Neuauflage der 1. und 50. Auflage in: BARS, Band 10/1 und 10/2. Mit einem Geleitwort von Susanne Miller. Bearb. von Anneliese Beske und Eckhard Müller, München u. a. 1996.
- 35 Vgl. die Bibliographie in ebenda, Bd. 10/2, S. 729 - 731.
- 36 Vgl. z. B. die knappe Charakteristik in August Bebel. Eine Biographie. Autorenkollektiv unter Leitung von Ursula Herrmann und Volker Emmrich, Berlin 1989, S. 218 - 237.
- 37 Karl Marx: Das Kapital. Kritik der Politischen Ökonomie. In: MEW, Bd. 23, S. 514.
- 38 Vgl. Ursula Herrmann, Johanna Ludwig: Zum Zusammenwirken von Frauenbewegung und Arbeiterbewegung in den Jahren 1865 bis 1870, in: Louise-Otto-Peters-Jahrbuch II/2006. Hrsg. von Johanna Ludwig, Susanne Schötz und Hannelore Rothenburg, Leipzig 2007, S. 55 - 79.
- 39 Louise Otto-Peters: Menschenwürdiges Dasein für Alle!, in: Neue Bahnen, 16/1868, S. 121/122.
- 40 Protokoll über die Verhandlungen des Allgemeinen Deutschen sozial-demokratischen Arbeiterkongresse zu Eisenach am 7., 8. und 9. August 1869, Leipzig 1869, S. 37.
- 41 Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Erfurt vom 14. bis 20. Oktober 1891, Berlin 1891, S. 4, 5. Verwiesen sei auch auf den originalgetreuen Nachdruck der Protokolle von Halle 1890 und Erfurt 1891 mit einer wissenschaftlichen Einleitung von Marga Beyer, erschienen 1983 im Zentralantiquariat Leipzig.
- 42 Vgl. hierzu Ursula Herrmann: Frauen und Sozialdemokratie 1871 bis 1910. Zum Ringen der deutschen Sozialdemokratie und der II. Internationale um Frauenemanzipation, in: BzG 1999, Heft 2, S. 59 - 71.
- 43 Helene Stöcker: Ein Freund der Frauen, in: Die neue Generation (Berlin), 1913, Heft 9, S. 479.
- 44 Anne Lopes, Gary Roth: Men's Feminism. August Bebel and the German Socialist Movement, Amberst (New York) 2000.
- 45 Lesebuch Geschichte der Sozialen Demokratie, S. 13/14.
- 46 Vgl. [Inge Werchan u. a.:] Das Werk von Marx und Engels in der Literatur der deutschen Sozialdemokratie, besonders S. 304 - 335.
- 47 Vgl. [Jutta Seidel unter Mitarbeit von Volker Emmrich und Harald Koth sowie anderen:] Internationale Stellung und internationale Beziehungen der deutschen Sozialdemokratie 1871 - 1895/96, Berlin 1982, besonders S. 181 ff.

Prof. Dr. Heinz Niemann

Versuch einer Bilanz: 150 Jahre Sozialdemokratie¹

I. Vorbemerkung

Ein wahrhaft epochales Thema. Der Versuch einer solchen Bilanz macht eine methodische, vor allem aber eine weltanschauliche, ideologische Verständigung vorab nötig. Von welchem Standpunkt, von welcher Sicht will man diese Bilanz ziehen? Woran sie messen? Auch ist es wohl fragwürdig, eine pauschale Bilanz über 150 Jahre hinweg zu versuchen, es sei denn, man begnügte sich mit dem Urteil: Wer hat uns verraten? ... Zwischenbilanzen vorher sind unverzichtbar.

Natürlich kann man auch nicht darauf verzichten, eine Bewegung oder Partei an dem eigenen Ausgangsanspruch, dem programmatischen Ziel bzw. den Zielen bei der Gründung zu messen. *(Die Kommunisten tun dies, denn bei allen Korrekturen im Einzelnen halten sie ja an ihrem Ausgangsanspruch fest.)*

Allgemein vorweg gesagt: Man muss zuerst die richtigen Fragen stellen, sich über den eigenen Fragehorizont klar werden, aus welchen heutigen Interessen sich neue Fragen an die alte Geschichte ergeben, über deren bisherige Interpretation und Bewertung man sich Rechenschaft ablegen muss, ehe man sie neu interpretieren oder bewerten kann. Um es mit Goethe zu sagen, der schon wusste, dass es notwendig ist, Geschichte von Zeit zu Zeit umzuschreiben: "Eine solche Notwendigkeit entsteht aber nicht etwa daher, weil viel Geschehenes nachentdeckt worden, sondern weil neue Ansichten gegeben werden, weil der Genosse einer fortschreitenden Zeit auf Standpunkte geführt wird, von welchen sich das Vergangene auf neue Weise überschauen und beurteilen lässt."

Auf neue Weise aufs Vergangene schauen ist so notwendig wie nie. Unsere Niederlage riss schließlich auch manches an unserem bisherigen Geschichtsbild mit in den Abgrund. Da geht es nicht nur um den Streit über ein Gründungsjahr, 1863 oder 1869, sondern um ein epochales Urteil über unsere Position: Wir hier die Sieger der Geschichte und dort das Scheitern des sozialdemokratischen Reformismus. Solange wir uns auf dem Wege der Sieger glaubten, waren wir geneigt und genötigt, eine reine Misserfolgsbilanz, mit Versagen und Verrat aufzumachen.

Die Geschichte als Geschichte von Klassen- oder Interessenkämpfen zu verstehen und dabei die Seite der ausgebeuteten, unterdrückten Massen zu wählen, heißt, auch im Rückblick auf das 20. Jahrhundert dies vom Standpunkt der Lebensinteressen der Volksmassen und den Erfordernissen und realen Möglichkeiten der jeweiligen Situation zu tun. Die sind aber nicht immer gleich und werden in unterschiedlichen Situationen unterschiedlich widerspiegelt, werden bei weitem nicht immer und meist nie vollständig von den Massen selbst als ihre ur-eigensten erkannt. Unmittelbare Interessen werden den grundlegenden, aber ferneren Interessen übergeordnet, ein Widerspruch, auf den Politik unterschiedlich antworten muss und woraus sich der Führungsanspruch einer sozialistischen Programmpartei ergibt. Man sollte mithin vor jedem Urteil, jedem Schuldspruch stets auch fragen, wieweit waren die Massen fähig und bereit, dies oder das zu tun oder es nicht zu tun und wo dem entsprechend die Möglichkeiten und Grenzen der einzelnen Parteien lagen.

Ein der wissenschaftlichen Objektivität entsprechendes Herangehen erfordert es, den Maßstab für das historische Urteil und die jeweilige Bilanz so zu bestimmen, dass die objektiven Anforderungen an das Handeln der Akteure aus der realen Situation, aus den realen gesellschaftlichen Möglichkeiten (der Reife der Situation, dem Kräfteverhältnis, der sich ändernden Klassenstruktur und äußeren, darunter gegnerischen Einflüssen usw.) abgeleitet werden. Dazu müssen dann die kognitiven und politischen Fähigkeiten der Bewegung und ihrer Führung bewertet werden. Was konnte man damals wissen, was nahm man zur Kenntnis und was nicht sowie warum nicht? Nur so kann man zu einem historisch gerechten Urteil, zu einer zutreffenden Bilanz kommen.

Deswegen scheint mir eine zwingende Erkenntnis zu sein, dass in bestimmten, relativ friedlichen, nicht-revolutionären Zeiten eine Partei, wie sie sich um die Jahrhundertwende mit der SPD herausbildete, angemessen, normal, sozusagen historisch legitim und ihre auf parlamen-

tarische und außerparlamentarische Mittel gerichtete Politik zur Verbesserung der Lage der Massen durch viele Umstände gerechtfertigt war, den objektiven Bedingungen und der Reife des subjektiven Faktors entsprach. Lenin hat diese objektiven wie subjektiven Faktoren völlig zutreffend seinerzeit schon analysiert. Was nicht gerechtfertigt oder unvermeidlich war, dass eine auf Reformen zielende realistische Politik bald mit der grundsätzlichen ideologischen Anpassung an die herrschende Ideologie verbunden war, mit weitgehender politischer Kapitulation und mit allseitigem Opportunismus Hand in Hand ging. Bebel, dessen 100. Todestag wir in Kürze begehen, war meines Erachtens die Personifizierung dieses Widerspruchs. Anders gesagt: dass die Reformpolitik der sozialistischen Partei diese in eine Partei des reformistischen Opportunismus, die Führer in platte reformistische Opportunisten umwandelte, ist nicht zwingend, keine objektive Gesetzmäßigkeit.

Die Eineinhalb-Jahrhundert-Bilanz der Sozialdemokratie ist natürlich auch nicht ohne Beachtung der Entwicklung und Leistung der radikal-sozialistisch-kommunistischen Bewegung und nicht ohne die gegenseitige Beeinflussung und Bekämpfung zu ziehen, weil beide Bilanzen ohne die Einflüsse und negativen Folgen des Bruderkampfes nicht vollständig wären. Es dürfte sehr lehrreich sein, den Vergleich der Leistungen beider aus der einst einheitlichen sozialistischen Arbeiterbewegung mit einem ursprünglich gemeinsamen Ziel und Programm, dem Erfurter von 1891, hervorgegangenen Parteien vorzunehmen.

Es sind also zwei Fragen, auf die mein Versuch einer Bilanz zielt, die zu beantworten wären:

1. Wie sieht die Gesamtbilanz der zwei Strömungen und diese im Vergleich aus, und
2. Was ist aus historischer Sicht, aus der Bilanz der historischen Leistung und bisherigen Entwicklung der Sozialdemokratie von dieser heutigen SPD zu erwarten?

II. Bemerkungen zur Bilanz durch die offiziöse Geschichtsschreibung der SPD

In fast allen relevanten Beiträgen oder Reden der SPD-Granden häuft sich ein Begriff: Stolz! Im - von Sigmar Gabriel herausgegebenen - "Politischen Lesebuch" eröffnet Gerhard Schröder in seinem Begeitwort den Reigen. "Wir können mit Stolz auf unsere Geschichte, auch auf unsere Regierungszeit auf Bundesebene zwischen 1998 und 2009 zurückblicken."² Heiko Maas, der saarländische Landesvorsitzende, äußert sich dort zur Demokratie als ständiger Aufgabe, für deren Verteidigung und Weiterentwicklung er meint, dass "Stolz" die erste Voraussetzung sei: "Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten waren zu allen Zeiten Vorkämpfer der Demokratie: am Anfang unserer Parteigeschichte, in Weimar, in der Bundesrepublik nicht zuletzt mit Willy Brandts 'Mehr Demokratie wagen' und als es darum ging, das marode DDR-System in einer friedlichen Revolution zu besiegen."³

In dem jüngsten Buch "Geschichte der Sozialdemokratie 1830 - 2010" von Peter Brandt/Detlef Lehnert wird als Illustration für den Wahlkampf 1972 ein Plakat mit dem Bild Brandts gewählt und dem Text: "Deutsche! Wir können stolz sein auf unser Land."⁴ Zur Wanderausstellung "150 Jahre SPD" wird das dicke Begleitbuch mit Sätzen beworben wie: "Die deutsche Sozialdemokratie hat stets politische Akzente gesetzt. Zunächst als soziale Bewegung, dann auch Partei, erkämpfte sie die Demokratie und trieb den Ausbau des Sozialstaats voran. Dabei blieb sie ihren Grundwerten trotz zahlreicher Krisen, Niederlagen und Kompromisse im Wandel treu."⁵ Es zeigt sich ein ausgesprochener Monopolanspruch auf jeglichen demokratischen und sozialen Fortschritt. Die historische Bilanz soll absolut positiv erscheinen, soll die Anhänger der kriselnden Partei unter dem Kampfbanner 'Demokratie' "stolz" machen. Dass die ganze Sache dadurch - unbeschadet auch zutreffender Einschätzungen und einzelner kritischer Einsichten und Urteile - apologetische Züge annimmt, ist unvermeidlich.

Mit der Autorität des Vorsitzenden der Historischen Kommission der SPD und ausgewiesenen Fachmanns zieht Bernd Faulenbach seine Bilanz: Für ihn ist die Sozialdemokratie angesichts der gewaltigen Wandlungen eine Bewegung und Organisation der Kontinuität, deren Kern in ihren unveränderten Zielen, Werten und Haltungen - Freiheit, Gleichheit und Solidarität - liege. "Die Sozialdemokratie entwickelte sich als eine politisch-soziale Bewegung, die die politisch-ökonomischen Prozesse nicht erleiden, sondern gestalten wollte, um Ausbeutung und Unterdrückung zu überwinden und umfassende Teilhabe der großen Mehrheit der Menschen in einer befriedeten Welt zu realisieren ... In der Konsequenz lief das in der Vergangenheit auf die

Zähmung des Kapitalismus und auf die Schaffung und Ausdifferenzierung des Sozialstaats hinaus ...

Zur Identität der deutschen Sozialdemokratie gehört auch, dass sie sich als die Partei der Demokratie versteht ... Sie bekämpfte nicht nur den Obrigkeitsstaat, sondern auch die Diktaturen des 20. Jahrhunderts ...

Was die Strategie der Partei anging, so war nach der Weichenstellung 1918/19 für die Sozialdemokratie reformerische Politik in der parlamentarischen Demokratie alternativlos. Sie hatte an der Durchsetzung der parlamentarischen Demokratie nach dem Ersten wie nach dem Zweiten Weltkrieg herausragenden Anteil. Auch der Demokratisierungsschub in den späten 60er und frühen 70er Jahren des 20. Jahrhunderts ist mit ihr verbunden. Und gewiss war es auch nicht zufällig, dass sich im Herbst 1989 in der DDR eine sozialdemokratische Partei bildete, die wesentlichen Anteil an der Überwindung der SED-Diktatur hatte. Keine Partei hat mit vergleichbarer Konsequenz Demokratie durchgesetzt und verteidigt.⁶

Unter dieser Idee wird alles so subsumiert, dass eine folgerichtige Erfolgsgeschichte herauskommt. So werden all die Bündnisse mit Kaisertum, Reichswehr und Reaktion, ob 1914, 1918, 1923, 1929 natürlich nicht verschwiegen, aber eingeebnet, legitimiert im Geiste der Aufklärung und des humanistischen sowie demokratischen Fortschritts im letztlich ja erfolgreichen Kampf gegen Faschismus und Kommunismus. Godesberg wird geradezu zur Erfüllung eines alternativlosen Wandlungsprozesses, ein beinahe hegelianischer Prozess des Wandels in Übereinstimmung mit dem Zeitgeist bzw. der gesellschaftlichen Entwicklung. Selbst die Wende in der DDR wird - siehe Maas und Faulenbach - als Sieg der SPD im Kampf um Demokratie vereinnahmt. "Ende gut - alles gut" soll suggeriert werden.

Die oben genannte Einordnung der historischen Bilanz unter den völlig neutralen Demokratiebegriff zeigt sich prägnant in der schon erwähnten "Geschichte der Sozialdemokratie 1830 - 2010" von Peter Brandt/Detlev Lehnert. Als konzeptionelles Leitwort für diese Geschichte steht auch hier der bekannte Satz des Bundeskanzlers Brandt "Mehr Demokratie wagen".

Um diese Konzeption besser durchzuhalten, wird von ihnen für die Geschichte der Sozialdemokratie eine von der bisher nicht nur in unserer Geschichtsschreibung üblichen Periodisierung abweichende Zeiteinteilung vorgenommen. Und zwar in Perioden von 1830 - 1860, 1860 - 1890, 1890 - 1920, 1920 - 1960, 1950 - 1980, 1980 - 2010. Sie begründen das wie folgt:

"Die Geschichte sozialer Bewegungen und politischer Parteien lässt sich am besten als zukunftsoffenes Lernen aus Erfahrungen und in der Verständigung über zuvor kontroverse Problemlösungen begreifen. Jede Generation muss ihre eigenen Lernerfahrungen machen. Nur so können aus erkannten und offen erörterten Problemen und Fehlern die Fortschritte in Theorie und Praxis mit hervorgehen. Auch deshalb ist dieser Überblick zur Geschichte der Sozialdemokratie in sechs Kapitel von jeweils dreißig Jahren gegliedert ..."⁷

Indem sie gezielt ihre Zwischenbilanzen alle dreißig Jahre vornehmen, können sie bestimmte dominierende Trends aufzeigen, die sich aus soziologischen, geistig-kulturellen, sozial-strukturellen und politischen sowie dem Kräfteverhältnis geschuldeten Umständen zwangsläufig ergäben hätten. So werden in der Konsequenz alle (denkbaren und gedachten und von manchen auch in der Sozialdemokratie gewollten) Alternativen ausgeschlossen. Alle Parteiprogramme wie die Politik mussten diesen Trends folgen und Rechnung tragen, ihre Revision und Anpassung werden als absolut zeitgemäß und alles in allem damit als richtig dargestellt. Nun werden solche Einschnitte wie die Zustimmung zu den Kriegskrediten am 4. August 1914 nicht ignoriert, aber der sich an diesem Datum zeigende tiefe Bruch in der Entwicklung der SPD wird irgendwie "eingeebnet", die Führung wird als die vom gesellschaftlichen Umfeld getriebene, von der kaiserlichen Regierung bedroht und fehlinformiert, von innerparteilichen Widersprüchen und Ratlosigkeit verunsichert gesehen, der man Fehler zugestehen müsste.

Um nur an einem Beispiel anzudeuten, warum diese ungewöhnliche Periodisierung aus der Sicht der Autoren ihre Vorzüge hat: Setzte man 1918/19 als Einschnitt für eine Bilanz an, würde - um mit Lafontaine zu sprechen - der "Verrat an der eigenen sozialdemokratischen Revolution" durch deren Führer dominieren. Nimmt man 1920 hinzu, dann kann man die Errichtung und Bewahrung der Weimarer Republik mit ihrer "freiheitlichsten Verfassung", die Abwehr

der linksradikalen Umsturzversuche und den siegreichen Generalstreik gegen den Kapp-Putsch der Konterrevolution zu Eckpunkten einer alles in allem positiven Bilanz der SPD-Politik machen. Bei Brandt/Lehnert klingt das so: "Nachdem der Krieg des Kaiserreichs an der Westfront gegen parlamentarisch regierte Staaten verloren ging, wurde die SPD dann zur Staatsgründungspartei der politisch-kulturellen Verwestlichung in der Weimarer Republik."⁸ Die offensichtlichen Vorteile dieses methodischen Tricks sind deutlich. Und noch etwas kommt - geschickt verpackt - hinzu: Die Geschichtsschreibung folgt dem von Hilferding in den dreißiger Jahren schon implantierten totalitaristischen Schema des weltweiten Kampfes zwischen Demokratie und Diktatur, in dem die Sozialdemokratie natürlich über alle Klassen- und Parteigrenzen hinweg auf der Seite der abendländischen Demokratie stand.

III. Kernpunkte einer Bilanz der sozialistisch/kommunistischen Bewegung

Die ganz offenbar gewünschte und weitgehend auch herrschende Anti-DDR-Bilanz des Ostens (hier nach dem Motto "Ende schlecht - alles schlecht") bringt Martin Sabrow auf die Formel: "Das vergangene Säkulum ist das Jahrhundert der großen Ordnungsentwürfe von Faschismus, Kommunismus und Liberalismus, deren Konkurrenz am Ende der demokratische Rechtsstaat so unangefochten für sich entschieden hat, dass er heute nicht mehr als 'System', sondern als selbstverständliche Organisationsform der zivilgesellschaftlichen Moderne des 21. Jahrhunderts vor uns steht."⁹

So unangefochten sehen dies inzwischen wohl diejenigen Volksmassen in immer mehr Ländern selbst des entwickelten Kapitalismus, die die Krise auf die Straßen und aus ihren Wohnungen treibt, deren Glauben an das Funktionieren des Systems einschließlich des herrschenden Parteien- und Parlamentsystems immer tiefer erschüttert wird, sicher nicht mehr.

Noch gibt es meines Wissens keine übereinstimmende Bilanz der sozialistisch/kommunistischen Linken darüber, was die nicht-sozialdemokratische Bewegung in diesem langen Jahrhundert geleistet hat und was nicht. In entsprechenden Publikationen überwiegt bisher die mehr oder minder radikale Kritik an Mängeln und Fehlern, was verständlich und wohl auch erst einmal notwendig war. Im Parteiprogramm der Linken steht für die Zeit bis 1945 meist das Richtige. Danach wird es etwas komplizierter und hat zu recht noch einigen Widerspruch erregt. Kernstück wäre sicher die Verständigung darüber, was die SED bzw. die DDR sozial- und gesellschaftspolitisch geleistet hat, welchen Platz sie in der europäischen Nachkriegsgeschichte einnimmt. Sammeln wir für die der Befreiung 1945 folgenden Jahrzehnte ein paar der wichtigsten Tatsachen, auf die sich eine mit der Nachkriegs-SPD vergleichbare Bilanz stützen müsste. Allein die Aufzählung erinnert natürlich daran, dass jede dieser Bilanzversuche nicht ohne vorherige weltanschauliche Entscheidung des Bilanzierenden auskommt.

1. KPD und SED haben am revolutionären Erbe des Bundes der Kommunisten, des Manifests und am ersten marxistischen Parteiprogramm von 1891 festgehalten. Die Linken haben kompromisslos gegen den Ersten Weltkrieg, für den Sieg der Novemberrevolution und gegen die faschistische Reaktion und Zweiten Weltkrieg gekämpft.

2. Die KPD und die sozialistische Linke hat die Chance der "geschenkten Macht" 1945/46 genutzt, die Einheit der Arbeiterbewegung zu erzwingen. Die Vereinigung von SPD und KPD, die sich in harten Auseinandersetzungen mit Gegnern der Vereinigung in Ost wie West vollzog, war für die übergroße Mehrheit der Mitglieder beider Parteien die wichtigste Lehre aus der Niederlage 1933, aus gemeinsamem Widerstand und Krieg, eine historische Leistung von Rang.

3. Die SED nahm entscheidende Teile der gemeinsamen Programmatik der deutschen Arbeiterbewegung auf (Grundsätze und Ziele der SED), löste die Machtfrage sowie die Eigentumsfrage und realisierte sie im Maße der gegebenen Möglichkeiten und Bedingungen. Sie stand an der Spitze bei der rigorosen Beseitigung der Macht des großen Kapitals und des Junkertums als Quellen des Faschismus. Sie erfüllte Teile von ungelösten Aufgaben der bürgerlich-demokratischen Revolution. Mehr "Egalité" als in der DDR muss man erst mal suchen.

4. Sie bewies die Fähigkeit, eine Volkswirtschaft unter extrem schwierigen Bedingungen und Belastungen ohne Kapitalisten aufzubauen. Sie kann auf positive Erfahrungen einer zentralstaatlichen Rahmen- und Strukturplanung in der Wiederaufbauphase verweisen. Notwendige

Umstrukturierungen waren ohne einen einzigen Arbeitslosen möglich, weil zentrale staatliche Planung den gezielten Einsatz der Mittel durch die verstaatlichten Banken garantierte. Umschulungen und perspektivische Berufsausbildung sicherten die Verwirklichung des Rechts auf Arbeit, einem grundlegenden Bürger- und Menschenrecht.

5. Der SED gelang es, zeitweilig (für etwa 15 Jahre zwischen Anfang der 60er und bis Ende der 70er) im östlichen, kleineren und schwächeren Teil eines der imperialistischen Hauptländer mit ausgeprägter antikommunistischer Tradition eine klare Mehrheit der Bevölkerung für das sozialistische Gesellschaftsprojekt zu gewinnen, weil grundlegende Interessen des Volkes erfüllt wurden.¹⁰ Millionen Menschen erlebten, wie ohne Kapitalismus durch die Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse sich auch die gesellschaftlichen zwischenmenschlichen Beziehungen positiv veränderten. Die juristische Gleichberechtigung der Frauen war garantiert und erreichte real ein beachtliches Niveau. Nicht nur "Fraternité", auch Schwesterlichkeit gab es in ersten Keimen.

6. Unter Führung der SED wurde die DDR ein wichtiger Faktor der Friedenssicherung in Europa. Sie rettete Brandt 1972 die Kanzlerschaft im Interesse des Entspannungs- und Friedensprozesses und initiierte den SED-SPD-Dialog.

7. Die SED und die Werktätigen der DDR leisteten einen gewichtigen Solidaritätsbeitrag für die Behauptung der Macht in Kuba, Vietnam, Nicaragua sowie für die versuchten nichtsozialistischen Wege in einer Reihe von Entwicklungsländern.

8. Die SED erbrachte unter nicht nur ökonomisch deutlich schlechteren Bedingungen als der Westen des Landes bedeutende und oft vorzeitige Leistungen, die als Elemente der europäischen Moderne gelten. Das waren auf zivilgesellschaftlichem Gebiet ein politisch gewolltes, bis dahin und bis heute nicht erreichtes Maß an sozialer Sicherheit und Gerechtigkeit, weitgehend gleichem Zugang zu Bildung, Kultur und zum kostenfreien Gesundheitswesen, bezahlbaren Wohnungen, flächendeckender Kinderbetreuung, Frauenförderung und weitgehender Geschlechtergleichheit, die Bauernbefreiung durch Entmachtung der Junkerkaste und Förderung des Genossenschaftswesens, konsequenter Verfolgung von Neofaschismus, Antisemitismus und Rassismus, die Abschaffung des § 218 oder auch die Anerkennung gleichgeschlechtlicher Lebensweisen sowie der Verweigerung des Wehrdienstes mit der Waffe.

9. Die marxistisch-leninistischen Gesellschaftswissenschaften leisteten Beiträge zur partiellen Überwindung des auch sie behindernden stalinistischen Dogmatismus und zur schöpferischen Weiterentwicklung der marxistischen Gesellschaftstheorie (Sozialismus eine langfristige relativ selbständige Formation, sozialistische Marktwirtschaft, Möglichkeit des friedlichen Übergangs, Stamokaptheorie und anderes).

10. Mit der aus der SED hervorgegangenen Partei des Demokratischen Sozialismus und einer Wählerschaft von mehreren Hunderttausenden ehemaligen SED-Mitgliedern wurden Voraussetzungen bewahrt, eine gesamtdeutsche sozialistische Programmpartei zu formieren. Die PDS war das wichtigste substanzielle/personelle Erbe der SED. *(Diese positive Bilanz müsste durch die Defizite und die negativen Faktoren, die unser Scheitern verursachten, ergänzt werden.)*¹¹

IV. Eine kritische Jahrhundertbilanz der Sozialdemokratie

Eine Art sehr konzentrierter Jahrhundertbilanz aus SPD-naher Sicht formulieren Brandt/Lehnert in drei Sätzen: "Seitdem es auch in der Namensgebung eine SPD gibt (1890), erlangte sie zunehmend Einfluss- und damit auch Gestaltungsmöglichkeiten. Diese konnten nur mehr von zwei Diktaturen des 20. Jahrhunderts unterbrochen werden. Allerdings waren die geschichtlichen Handlungsbedingungen der Sozialdemokratie für deren verschiedene Generationen seither ganz unterschiedlich." (S. 266)

Es sei diesen Autoren nicht unterstellt, dass sie mit der Formulierung von den zwei Diktaturen wie fast alle anderen Autoren eine Gleichsetzung meinen. Das Problem ist die aus diesem Satz sprechende Blindheit gegenüber den Chancen einer gesamtdeutschen Vereinigung von SPD und KPD 1945/46 wie vor allen gegenüber den erbrachten Leistungen der Hunderttausende ehemaligen Sozialdemokraten, die gemeinsam mit Kommunisten als SED-Mitglieder in

und mit dieser Partei mehr an ursprünglichen Forderungen etwa des Erfurter Programms oder des Prager Manifests realisiert haben als jede sozialdemokratische Landes- oder Bundesregierung. Deutlicher wird - so in dem Begleitbuch zur Ausstellung 150 Jahre - der Covertext. Dort heißt es: Die Sozialdemokratie - "zunächst (als) soziale Bewegung, dann auch Partei, erkämpfte sie die Demokratie und trieb den Ausbau des Sozialstaats voran. Selbst angesichts der Verfolgung durch Nationalsozialismus und SED-Regime blieb sie ihren Grundwerten treu."¹²

An vier Schnittpunkten der Nachkriegsgeschichte seien ganz knappe Zwischenbilanzen versucht, und zwar 1945/46, 1982, 1989/90 und 2009.¹³

Zur ersten Zwischenbilanz 1945/46 bis 1966

Tausende Sozialdemokraten, die über die Nazizeit ihre "Gesinnungsgemeinschaft" bewahrt hatten, wurden von der jeweiligen Besatzungsmacht in Ämter eingesetzt und leisteten Großes bei der Wiederingangsetzung des alltäglichen Lebens, beteiligten sich an der Entnazifizierung, waren als antinazistische Journalisten aktiv. Mit fast 700 000 Mitgliedern war die SPD zahlenmäßig stärker als in der Weimarer Republik und erreichte bei ersten kommunalen Wahlen sehr gute Ergebnisse. In mehreren Landesverfassungen sind dank der aus SPD und KPD bestehenden Mehrheiten fortschrittliche Artikel etwa zur Vergesellschaftung von Bodenschätzen und großer Wirtschaftseinheiten aufgenommen worden. Führende Funktionäre hatten Einfluss als Mitglieder im Parlamentarischen Rat auf die Gestaltung des GG. Als führende Koalitionspartei in zahlreichen Landesregierungen wurden beachtliche Erfolge in der Kommunalpolitik erreicht. Aber: Für die Bilanz zur ersten Periode nach 1945 wurden infolge des vorherrschenden wütenden Antikommunismus solche Chancen wie das Bündnis oder die Vereinigung mit der KPD 1945/46, die Wiederezulassung der SPD in der SBZ 1947, die Angebote der SED in den 60er Jahren (Deutschlandplan 1960, Redneraustausch, Konföderationsangebot 1962) abgelehnt. Die damaligen Gegenwartsforderungen der "Grundsätze und Ziele der SED" von 1946 zeigten keine nennenswerte Diskrepanz zu Forderungen der westzonalen Sozialdemokratie. Auch dort wurde eine ähnliche Bündnispolitik gefordert, und in der Staatsfrage hieß es auch in den Grundsätzen und Zielen der SED: "Die SED kämpft um diesen neuen Staat auf dem Boden der demokratischen Republik!" Dann folgte: "Die SED erstrebt den demokratischen Weg zum Sozialismus; sie wird aber zu revolutionären Mitteln greifen, wenn die kapitalistische Klasse den Boden der Demokratie verlässt." (Diese Formulierung gehört seit dem Linzer Programm der SPÖ von 1927 zum linken sozialdemokratischen Vokabular und wurde von Otto Bauer stets verteidigt. Selbst bei Wels und Hilferding finden sich solche - allerdings nicht sehr ernst gemeinte - Äußerungen 1931/32, seit 1933 bei allen SPD-Linken nachweisbar.)

Aber nicht nur in der großen Politik gab es vielfältige Übereinstimmungen mit traditionell sozialdemokratischen Ideen. So waren die im Juli 1946 von der SED verabschiedeten "Kommunalpolitischen Richtlinien" fast wörtlich dem Heidelberger Programm und den 1928 beschlossenen Kommunalpolitischen Richtlinien der SPD entnommen (was auch mit der personellen Kontinuität in der Person Max Fechners zu tun hatte, der vor 1933 Geschäftsführer der kommunalpolitischen Zentralstelle und Redakteur der Zeitschrift "Die Gemeinde" seit 1924 war). (So *Selbstverwaltung der Gemeinden im Rahmen der Reichsgesetzgebung, zentrale reichsgesetzliche Regelung der allgemeinen Schulpflicht, Berufsschulpflicht, Gesundheitsämter, Reichsenteignungsgesetz, Städtebaugesetz, Wohnungsgesetz, Wohlfahrtspflege, Gemeindeangestelltenverordnung. Ähnliches gilt für die Schul- und Hochschulpolitik. Trennung von Staat und Kirche war selbstverständlich.*)

Das vom Kieler Parteitag der SPD angenommene Agrarprogramm fand nach 1945 weitgehenden Niederschlag in der Politik der KPD/SPD und dann der SED. Ausgehend von der Begründung und Berechtigung einer Bodenreform (Enteignung von Gütern über 100 ha im Osten und bei Waldbeständen über 750 ha gegen Entschädigung entsprechend der Steuerlast) sollten lebensfähige Bauernwirtschaften geschaffen und das Genossenschaftswesen (Verbraucher-genossenschaften, Maschinengenossenschaften, MTS) gefördert werden. Kleingartengesetz, Landschulen und höhere landwirtschaftliche Bildungseinrichtungen, Preiskontrolle, Wohnungen, Landarbeiterschutz, Mutterschutz, Alters- und Krankenversicherung.)

In der SED schien sich anfänglich die letzte große Vision Otto Bauers, dieses großartigen marxistischen Sozialisten, zu realisieren: Eine neue Partei des integralen Sozialismus! Darunter hatte er - wie er in seinem letzten Buch (1939) schrieb - die Hoffnung zu begründen versucht, dass sich die beiden, historisch legitimen Ströme der Arbeiterbewegung, der revolutionäre und der reformistische, auf einer neuen revolutionären und marxistischen Basis verbünden und verschmelzen würden.

Die Befreiung vom Faschismus und die zuerst vorherrschende Gemeinsamkeit an Erfahrungen wie des politischen Wollens gab 1945/46 auch der Sozialdemokratie eine neue große Chance. Erstmals war in der Parteigeschichte eine Erneuerung programmatischer und personeller Art möglich geworden und zum zweiten Mal waren auf längere Sicht Bedingungen zur Verwirklichung ihres Konzepts eines demokratischen Sozialismus gegeben, zwar durch gegensätzliche Weltmachtinteressen der zwei hauptsächlichen Siegermächte stark beschränkt, die aber bei einem einheitlichen Auftreten beider Parteien und durch ein enges Bündnis hätten erweitert werden können, die aber in den westlichen Besatzungszonen nicht ergriffen und erprobt worden sind. Schumachers Konzept vom "Sozialismus als Tagesaufgabe" blieb eine Phrase, hauptsächlich zur Abwehr kommunistischer Propaganda als für eine ernst gemeinte Strategie benutzt. Im Begleitbuch zur Wanderausstellung schreibt der Verfasser des entsprechenden Beitrags: "Der angestrebte Neubau der SPD war nicht leicht. Wie Schumacher war auch der Großteil der SPD-Mitglieder in der Weimarer Republik sozialisiert worden - der Vorteil der zuverlässigen Demokraten erwies sich zugleich als ein Handicap. Schumacher wollte die älteste demokratische Tradition in Deutschland fortsetzen, zugleich aber die Fehler der ersten Republik vermeiden. Die alten Eliten müssten gebändigt und die Demokratie durch die 'Sozialisierung' von Kernindustrien radikaler gestaltet werden. Die Nachkriegs-SPD war dezidiert anti-kommunistisch eingestellt. Der Marxismus wurde nicht länger als Dogma angesehen." (S. 202) Man muss schon die "Grundwerte" sehr umdeuten und aushöhlen, wenn man diese Restauraionsperiode des Kapitals für erfolgreich hält, auch wenn Zehntausende Sozialdemokraten bei der Installierung des bürgerlich-demokratischen Verfassungsstaates großen Anteil hatten.

Die zweite Zwischenbilanz kann man über die Periode vom Beginn der Brandt-Regierung 1969 bis zum Sturz der Schmidt-Regierung 1982 ansetzen.

In den Jahren der Brandt-Regierung (1969 - 1972) konnte ein sehr beachtliches Reformprogramm beschlossen werden, das während der Schmidt-Regierung noch weitgehend erhalten blieb. Unter Brandts Credo "Wir wollen mehr Demokratie wagen" startete man im Sinne des Godesberger Programms Reformen auf dem Gebiet der Bildungs- und Hochschulpolitik, der Rechtspolitik (bis hin zum Demonstrations- und Sexualstrafrecht), des Rentensystems wie des Gesundheitswesens (insgesamt 20 Reformgesetze). Ein "Orientierungsrahmen" (1972) formulierte für die Jahre 1973 bis 1985 Vorhaben für Eingriffe in die Wirtschaft durch Marktsteuerung und Investitionslenkung. Ein vom Parteivorstand nach Wahlniederlagen 1974 initiiertes Dokument "Godesberg und die Gegenwart" beschwor den eingeschlagenen Weg und verhielt: "In einigen Ländern Europas wurden unter sozialdemokratischen Regierungen bereits die Fundamente einer neuen Gesellschaft gelegt."¹⁴ Eine prosperierende und sich neue Märkte erschließende Wirtschaft ermöglichte die Verteilung von Zuwächsen ohne Beschneidung des maximalen Durchschnittsprofits und ohne zu sichtbar an ökologische Grenzen des Wachstums zu stoßen. International fand diese Entwicklung unter Friedensbedingungen und zumindest lange Zeit mit vergleichsweise geringeren Rüstungsbelastungen für die BRD statt. Das militärstragische Gleichgewicht ermöglichte zugleich eine neue Ostpolitik, erste gleichgewichtige Abrüstungsschritte und eine Politik des "Wandels durch Annäherung". Für das Konzept der gemeinsamen Sicherheit (KSZE) leistete die SPD im Westen das, was die SED im Osten dafür tat. Die Konkurrenzsituation gegenüber der kommunistischen Bewegung und dem embryonal existierenden Sozialismus verlieh der Sozialdemokratie eine starke Position und ließ sie für ihr sozialreformarisches Programm Partner im bürgerlichen Lager finden (Linker Sozialliberalismus). Die 20 Reformen betrafen unter anderen: Senkung der Volljährigkeit (Wahlalter), Ehe- und Familienrecht, Liberalisierung des Demonstrationsstrafrechts, des Wirtschaftsstrafrechts, Verbesserung des Betriebsverfassungsgesetzes, Versuch zur Ausdehnung der paritätischen Montan-Mitbestimmung auf Unternehmensebene, Novelle zum Tarifrecht, ein verbessertes Kartellgesetz

gegen Großmonopole, Rentenreform zur Kriegsoferversorgung, Altershilfe für Landwirte, Sicherung der betrieblichen Altersversorgung, Reform der Kranken- und Unfallversicherung, Ausbau der Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand, Kindergeldreform, Ausbildungs- und Ausbildungsplatzförderung, Schwerbehindertengesetzgebung, Städtebauförderungsgesetz, Jugendarbeitsschutzgesetz, Wohnungskündigungsschutzgesetz, Reform des Sexualstrafrechts und des § 218, Umweltschutzgesetz. Die Suspendierung des KPD-Verbots wurde nicht gewagt, die Zulassung der DKP durch den Radikalenerlass flankiert.

Es waren, wenn auch kein "goldenes Zeitalter", wie manche Autoren meinen, so doch Jahre eines auf stetem Wirtschaftswachstum vertrauenden, sicher geglaubten und noch nie erreichten Massenwohlstands. Es waren Jahre des tiefgreifendsten Wandels der bundesrepublikanischen Gesellschaft, die sich endlich von den in der Adenauer-Zeit nachwirkenden Folgen und Fesseln des Nazifaschismus weitgehend befreite. Nach fast fünfundzwanzig Jahren konservativer Regierungszeit unter erheblicher Einflussnahme der einstigen Nazielite und Wirtschaftsmächtigen kam es sozusagen zur "Umgründung" (M. Görtemaker) der BRD. Der Sieg der SPD 1969 und die sozialdemokratisch-linksliberale Koalition, gesellschaftlich auch durch die 68er Bewegung vorbereitet, bewirkten einen Bruch mit den bis dahin immer noch mehr oder minder dominierenden postfaschistischen Kontinuitäten. Die Nachkriegszeit war mit der Ablösung des Altnazis Kurt Georg Kiesinger als Bundeskanzler durch den antifaschistischen Emigranten und Sozialdemokraten Brandt sichtbar zu Ende gegangen.

Die Überwindung des Faschismus zwischen 1945 und 1968 und die Installierung eines bürgerlich-demokratischen Verfassungsstaates (nach Überwindung der sogenannten Kanzlerdemokratie) gelang nicht zuletzt trotz fast uneingeschränkter Weiterexistenz des Monopol- und Bankenkapitals, weil es im Osten Deutschlands einen von Kommunisten und Sozialdemokraten geschaffenen anderen Staat gab, dem manches an "Liberté" gefehlt hat, aber auch die Träger von Faschismus, Revanchismus und Krieg waren vernichtet. Für diese drei Jahrzehnte DDR-Geschichte von "Verfolgung" der SPD durch die SED zu sprechen, ist absurd.

Dass die Staaten 1990 die Wiederherstellung des einzigen deutschen Nationalstaates ohne nennenswerte Befürchtungen akzeptierten, war das gemeinsame Ergebnis der deutsch-deutschen Nachkriegsgeschichte. Aus der Sicht der sozialdemokratisch-sozialistischen Linken eine tragische Folge ihres Versagens in Ost und West, weil sie sich als zu schwach für eine Neugründung erwiesen und das Konzept einer "doppelten Modernisierung" eine reformistische kleinbürgerliche Illusion war.

Es gab eine Reihe objektiver Gründe für den Niedergang der Sozialdemokratie während der Schmidt-Regierung, in deren Konsequenz das endgültige Scheitern des sozialreformerischen Gesellschaftskonzepts ziemlich "zwangsläufig" erscheint und es auch war. Ölpreiserhöhung, Konjunkturerinbruch, auch das Fehlen eines anderen theoretischen Konzepts als es das auf einem rein pragmatischen Politikverständnis beruhende war, wo der schrittweise zu begehende Weg das Ziel ist, ein Konzept, welches auch innerparteiliche wie personale Querelen verursachte. Auch zeigte sich sehr bald: Eine breite gesellschaftliche Bewegung versiegt und das Charisma einer Führungspersönlichkeit wird blass, wenn die enge Bindung von Massenbewegung und Führung verloren geht, staatsmännische Größe nicht zugleich mit einem realistischen und zugleich kühnen Politikkonzept verbunden ist und deshalb die zeitweilig errungene geistig-kulturelle Hegemonie in der Gesellschaft verlustig geht. Schon die erste Störung der Hochkonjunktur, die die Ölkrise 1973 bewirkte und leichte Rückgänge der Profitmenge nach sich zog, machte mehr als deutlich die Grenzen althergebrachter sozialreformistischer Politik klar.

So entschied sich die Schmidt-Regierung angesichts der Krisenprozesse in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre für einen vorwiegend "etatistischen-konservativen Kurs", und eine Alternative zum bloßen "Parlamenteln", wie es eine Massenmobilisierung zur Verteidigung des Sozialstaats wäre, wurde nur in kleinen Zirkeln der Linken und Jusos debattiert. Eine Folge der hingenommen weitgehenden Selbstentmachtung des Nationalstaates wie generell der Verohnmächtigung der nationalstaatlichen Politik im Zuge der Globalisierung und des von den Monopolen betriebenen westeuropäischen Zusammenschlusses war das Zerbröseln der eigenen sozialstaatlichen Reformen. Am Beispiel des ziemlich erfolglosen Ringens um die erweiterte

Mitbestimmung und ein neues Betriebsverfassungsgesetz wäre zu lernen gewesen: Ohne den Eingriff in das Eigentums- und Verfügungsrecht des Kapitals sind jeder Reformpolitik klare Grenzen gesetzt und Zugeständnisse werden nur auf Zeit und unter massivem Druck gemacht. Was soll deshalb die Klage Gabriels in seiner Rede zum 20. Todestag Brandts: "Zwanzig Jahre neoliberale Hegemonie haben manches davon (den Reformen der Brandt-Regierung) in Frage gestellt oder zurückgedreht." Das lange "sozialdemokratische Jahrzehnt" endete mit einer schwachen Bilanz, weil es in der Natur der Sache liegt, dass die rein etatistischen Instrumente sozialdemokratischer Reformpolitik sich als stumpf, letztlich wirkungslos erwiesen haben und warum solche halb gewalkte Reformpolitik immer noch den Weg zu Wahlsiegen der Parteien des Bürgerblocks bereiteten. Abwahlen als Erfolgsbilanz?!

Die dritte Zäsur muss man wohl für 1989/90 ansetzen.

Generell finde ich, dass die Chancen, die mit dem Epochenbruch von 1989/90 für die Sozialdemokratie entstanden waren, völlig ungenutzt blieben. Dagegen kann man bei fast allen Autoren lesen, wie stolz man auf die "Revolution" 1989 sei. Die Vereinnahmung der Wende setzt voraus, sie zur "Revolution" hochzustapeln, sie auf die Übernahme des bürgerlich-demokratischen Verfassungsstaates und den verspäteten Anschluss an die westeuropäische kapitalistische Moderne zu reduzieren.

Sicher war es gerade die von Pfarrern mit klugem Kalkül gegründete und so benannte Sozialdemokratische Partei der DDR (SDP), die als einzige Partei der neuen Gruppierungen die "Systemfrage" stellte. Dagegen setzten sich große Teile der Bürgerbewegung der DDR, vor allem aber die zunehmende Zahl der Reformkräfte innerhalb der SED, für einen sozialen und ökologischen Aufbruch und einen politischen Wandel hin zu einem demokratischen Sozialismus ein. Doch für einen solchen Wandel allein in der DDR kam dieser Impuls angesichts offener Grenzen gegenüber einem der reichsten Industriestaaten einerseits zu spät. Er scheiterte aber endgültig wegen der Verweigerung der SPD, zwar genötigt von der Ost-SPD, zu einem Bündnis mit den Reformkräften der SED/PDS, um zusammen für eine demokratische Neugründung des vereinigten Deutschlands zu kämpfen. Der restaurative Charakter der Wende war aus der Sicht der sozialdemokratisch-sozialistischen Linken eine tragische Folge ihres gemeinsamen Versagens in Ost und West, weil sie zerstritten und allzu schwach für eine staatliche Neugründung waren.

Die SPD unter Hans-Jochen Vogel erwies sich als völlig unfähig und unwillig, eine offensive Politik entsprechend ihrem Berliner Programm (1989) mit Blick auf den "entkapitalisierten Osten" auch nur zu versuchen und ließ ihren Kanzlerkandidaten Lafontaine, der sich dem nationalistischen Taumel verweigerte, im Stich. Eine antitotalitäre "Revolution" zum neuen Gründungsmythos des vereinigten Deutschland zu machen, ist zwar für Viele verlockend und soll unter dem Mantel des Grundgesetzes die gleichzeitige Rückkehr der Deutschen Bank, enteigneter Konzerne und Großgrundbesitzer vergessen machen, aber das nachträglich als sozialdemokratische "Revolution" adeln?

Die vierte Zwischenbilanz bezieht sich auf die Regierungszeit der Schröder/Fischer-Regierung (1998 - 2005) und der Großen Koalition unter Merkel/Steinmeier (2005 - 2009).

Während der Zeit der Kohl-Regierung bis 1998 hatte sich die neue historische Lage durch die vom entfesselten Finanzkapitalismus in Gang gesetzte Globalisierung voll ausgeprägt, begleitet von einem Trommelfeuer neoliberaler Ideologie und Politik zur Entfesselung der Märkte und für das ungehinderte Wirken des Finanzkapitals. Diese Entwicklung stellte für die traditionelle Sozialdemokratie eine große Herausforderung und zugleich eine neue Chance dar. Dann endlich 1998 der Sieg mit dem Kanzlerkandidaten Schröder, gestützt und umrahmt vom linkssozialdemokratischen Traditionalisten Lafontaine. Seit fast sechzig Jahren hatte es das nicht mehr gegeben: Sozialdemokraten führten zur gleichen Zeit die Regierungen in zwölf europäischen Ländern an, darunter in den Hauptländern Großbritannien, Frankreich und Deutschland: New Labour unter Tony Blair in London, die Sozialisten in Paris unter Lionel Jospin und nun die

SPD unter dem aus kleinen Verhältnissen stammenden ehemaligen linken Juso-Vorsitzenden Gerhard Schröder.

Die Antworten kennen wir seit dem Blair/Schröder-Papier: New Labour oder Neue Mitte, eine kaum noch verkappte Politik des Neoliberalismus. Erhard Eppler, seit den achtziger Jahren der einflussreichste Programmatiker, erkannte ziemlich klar, was das bedeutete. "Das eigentlich Neue des Blair-Schröder-Papiers ist der bewusste Bruch jeder Kontinuität. Die eigene Vergangenheit ist nur noch die dunkle Folie, auf der das Grau des angeblichen Neuen heller erstrahlen soll. Das, in der Tat, hat es in 136 Jahren noch nicht gegeben. Eine Partei, die so mit der eigenen Geschichte umgeht, gibt sich selbst auf."¹⁵

Die Sozialdemokratie wurde zur neuen (modernen) Rechten, ähnlich den Demokraten in den USA oder der Blair-Labour Party in Großbritannien. Anstatt die Regierungsmacht in zwölf der europäischen Staaten in den neunziger Jahren zu nutzen, ein sozialdemokratisch geführtes und sich politisch rascher vereinigendes Europa als Gegenmacht zum Monopolanspruch der USA zu gestalten, unterwarf man sich unter Verletzung nationaler wie gesamteuropäischer Interessen als Hilfwillige der amerikanischen Supermacht zur Durchsetzung einer Pax americana. Wir haben es aber nicht primär mit einer erzwungenen Kapitulation vor den stärkeren Gegenkräften zu tun, sondern mit weitgehender bereitwilliger Unterwerfung, mit bewusster Akzeptanz.

Eine alternative Strategie erschien der ganzen europäischen Sozialdemokratie angesichts der weltpolitischen wie nationalen Situation als unrealistisch, nicht nur weil alle derartigen Versuche bisher am internationalen Kräfteverhältnis gescheitert waren (oder wie in Griechenland, Italien, Frankreich in der unmittelbaren Nachkriegszeit oder später in Chile und Portugal "zurückgerollt" wurde, in Portugal übrigens bereits mit Hilfe der SPD), sondern waren vor allem nicht gewollt.

Was - nach dem Rücktritt Lafontaines - mit der Agenda 2010 mit dem Sozialstaat praktisch passierte, wissen wir. Mit dem Beschluss der Bundesregierung unter einem Kanzler der Partei des Friedensnobelpreisträgers Willy Brandt und mit der übergroßen Zustimmung der SPD-Fraktion zur Beteiligung am Aggressionskrieg gegen Jugoslawien vertiefte die Sozialdemokratie das Schandmal der Kriegskreditbewilligung im Ersten Weltkrieg. Viele Menschen - wenn auch nicht Millionen - mussten dafür mit dem Leben bezahlen, aus der Jahrhundertbilanz ist dieser erneute Kniefall vor imperialer Machtpolitik wie der 4. August 1914 trotzdem nicht zu tilgen. In einem sozialdemokratischen Kernland, Niedersachsen, wo Schröders Kanzlerschaft 1998 mit 47,9 Prozent entschieden worden war, stürzte sie nach 13 Jahren mit eigenen Ministerpräsidenten 2003 auf 33,45 Prozent - dem bis dahin schlechtesten Ergebnis aller Zeiten. Die Abspaltung der WASG und der Austritt von mehr als 200 000 Mitgliedern im Gefolge der Politik Schröders gehörte auch zum Preis, den die SPD für ihren Weg zur Staatspartei zahlte und der gerade in der Friedensfrage in eklatantem Widerspruch zum damals noch geltenden Berliner Parteiprogramm stand. In ihm heißt es: "Krieg darf kein Mittel der Politik sein ... Das Bündnis muß verteidigungsfähig, defensiv und entspannungsbereit sein ... Die Bundeswehr hat ihren Platz im Konzept gemeinsamer Sicherheit. Sie hat ausschließlich der Landesverteidigung zu dienen. Ihr Auftrag ist Kriegsverhütung durch Verteidigungsfähigkeit bei struktureller Angriffsunfähigkeit ... Unser Ziel ist die gesamteuropäische Friedensordnung auf der Grundlage gemeinsamer Sicherheit, der Unverletzlichkeit der Grenzen und der Achtung der Integrität und Souveränität aller Staaten in Europa ... Von deutschem Boden muß Frieden ausgehen ..."¹⁶

Zum Hintergrund dieser höchst aktuellen friedenspolitischen Position gehörte auch der Dialog mit der SED und das Dokument "Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit" vom Sommer 1987.

Die Verweigerung der Bundesrepublik, sich nach den Horrorerfahrungen des Jugoslawienkrieges am Irakkrieg zu beteiligen, erwies sich als Mogelpackung und war mehr ein Wahlkampftrick, der Schröder noch einmal den knappen Sieg 2002 bescherte.

Die eigene "stolze" Bilanz formuliert Schröder so: "Wir haben Deutschland mit einer zeitgemäßen Zuwanderungs- und Integrationspolitik sowie durch die Anerkennung gleichgeschlechtlicher Lebenspartnerschaften offener und toleranter gemacht. Der Kultur haben wir durch die Einrichtung des Amtes eines Kulturstaatsministers zu einer stärkeren Anerkennung verholfen.

Wir haben in der Energiepolitik die Wende von der Atomkraft zu erneuerbaren Energien und Klimaschutz vollzogen. In der Sozialpolitik haben wir begonnen, unser Land auf die Herausforderungen der Demografie und der Globalisierung einzustellen, mit der Folge, dass unser Land besser als andere durch die globale Wirtschaftskrise gekommen ist. Und in der Außenpolitik haben wir selbstbewusst Verantwortung für Sicherheit, Frieden und Entwicklung übernommen."¹⁷

Die rot-grüne Koalition unter Schröder mit ihrer Agendapolitik stellte mehr als nur einen Politikwechsel dar. Sie war ein programmatischer und Identitätsbruch, der nur sekundär mit der Person Schröders zu tun hat.

Dieser Bruch hat mehrere Ursachen:

a) Die SPD mutierte zur Staatspartei ohne Wenn und Aber, ohne gesellschaftlich eine Alternative sein zu wollen; sie steht nur für eine Variante bürgerlicher neoliberaler Politik, die sich ihr passendes Personal heranzieht, und dieser Typus der Funktionärskader dominiert die Partei;

b) die vorläufige epochale Niederlage der stalinistisch deformierten kommunistischen Bewegung. Das Scheitern des mittel-osteuropäischen Konkurrenten mit einer alternativen Programmatik und teils alternativen Praxis, wodurch sich der kleinbürgerliche Sozialreformismus bestätigt sieht, bietet den ideologischen Hintergrund und erleichterte den totalen Einbruch neoliberaler Ideologie;

c) der tiefgreifende Wandel der bürgerlichen Klassengesellschaft (ökonomisch, soziologisch, geistig-kulturell und gesellschaftspolitisch), infolge dessen sich die Zusammensetzung der Mitgliedschaft änderte und auf den die Führung mit dem Verzicht auf ihre traditionelle Identität und den Gang in die "neue Mitte" antwortete;

d) die Schwäche der gewerkschaftlichen Bewegung und die noch bestehende ökonomische Leistungskraft der deutschen Wirtschaft, die einen gebremsten Abbau des Sozialstaats erlaubte und die innergesellschaftliche Krise bis jetzt dämpfte;

e) die relative Schwäche der nicht-sozialdemokratischen Linken und die fehlende gesellschaftliche Gegenmacht.

IV. Schlussbemerkung

Das Ende des "sozialdemokratischen Jahrhunderts" wurde zugleich zum Abgesang an die traditionelle Sozialdemokratie. Nicht die seinerzeitige Wahl des demokratischen Weges zu einer gerechten und solidarischen Gesellschaft war per se und a priori falsch, aber nach dem Wegfall des Systemgegensatzes wird das Festhalten an der systemischen Beschränkung der Ziele und Kampfmittel zum Endpunkt der sozialdemokratisch dominierten Arbeiterbewegung. Die Möglichkeit, aber auch der Zwang, die eigene Identität durch die Beschreibung der Gegensätze gegenüber dem Osten, jetzt gegenüber einer noch nicht starken radikal-demokratischen sozialistisch/kommunistischen Linken zu definieren, schien entfallen. Nun wurden essentielle Bestandteile originär sozialdemokratischer Friedens- und Gesellschaftspolitik de facto aufgegeben. Bereits ein flüchtiger Blick in das neue Hamburger Parteiprogramm (2007) zeigt, dass es reine Makulatur darstellt und das noch beibehaltene Idiom vom "demokratischen Sozialismus" nur noch eine Phrase ist. Man mag die theoretischen Debatten der 60er und auch noch 70er Jahre zu diesem programmatischen Ziel so oder so bewerten, es hat sie aber im Unterschied zu heute gegeben und sie waren nicht völlig substanz- und ideenlos.

Jetzt fehlen - trotz der tiefen Finanz- und Wirtschaftskrise, dem Wegbrechen der politisch-moralischen Legitimierung des spätkapitalistischen Wirtschaftssystems im Denken der meisten Menschen - die mobilisierende Idee und entschlossene politische Führung der spontanen Bewegung, die Organisation und der charismatische, weil glaubwürdige Führer. Die Bilanz sozialdemokratischer Reformpolitik macht keine Hoffnung, diese SPD hätte die Kraft und das theoretische Vermögen zu einer neuen "großen Erzählung", die den durch die allgemeine Krise des herrschenden Systems zutiefst verunsicherten Menschen Hoffnung auf eine realistische gesellschaftliche Alternative gibt. Dabei sind nicht bestrittene Hemmnisse unsererseits, die als teilweise "Entschuldigung" für ein Nichtzustandekommen eines breiten radikal-demokratischen

Bündnisses aller linken Kräfte für einen demokratischen Sozialismus fungierten und fungieren, inzwischen längst entfallen.

Der Versuch einer generalisierenden Gesamtbilanz ist unter dem Kriterium zu fällen, ob die SPD die Chancen, die es nach 1945/46 gab, genutzt hat und ob der weitere Weg zur Staatspartei dahin geführt hat, dass sie den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts mit dem weltweiten Sieg des finanzmarktgetriebenen globalen Imperialismus gewachsen ist? Ist Europa und ist vor allem die BRD nach dem Epochenbruch 1989/90 friedlicher, gerechter, menschlicher, demokratischer geworden? Ganz offenbar nicht.

Die Bilanz nach 150 Jahren kann nur so lauten: Aus der einst klassenkämpferischen radikal-sozialistischen Arbeiterpartei und der späteren Partei eines demokratischen Sozialismus mit Programmen systemüberwindender Reformen wurde eine systemimmanente Parlamentspartei, die sowohl als Oppositions- wie als Regierungspartei systemstabilisierend wirkt. Die einst mitgliederstärkste Partei ist hinter die Parteien des Bürgerblocks zurückgefallen, liegt bei Wahlen durchschnittlich um 15 Prozent oder mehr hinter diesen zurück, ist überaltert, ohne ein mobilisierendes Programm und ohne charismatische Führungsfigur. In keinem Bundesland (außer dem Stadtstaat Hamburg) kann sie noch mit absoluter Mehrheit regieren, tendiert zu beliebigen Regierungskoalitionen oder stellt sich sogar als Juniorpartner der Bürgerblockparteien zur Verfügung. Programm und Politik entsprechen völlig unzureichend den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts mit den es prägenden Krisen des Wirtschafts- und Finanzsystems, der Krise des Sozialstaats, der Krise der Demokratie und des real existierenden Parlamentarismus, der globalen Krisen wie des Klimawandels, der Unterentwicklung und des Hungers, der Ressourcenerschöpfung. Sie hat kein zukunftsweisendes Konzept zur demokratischen und sozialen Entwicklung der Europäischen Union und gegen deren Kurs zur Militarisierung der Außen- und Sicherheitspolitik.

Das seit Bernstein in vielen Dutzenden Büchern, Thesen, Programmen und Orientierungsrahmen aufgebaute theoretische Gebäude für einen auf Reformen basierenden, friedlichen Übergang zu einem "demokratischen Sozialismus" ist schmachvoll zusammengebrochen und steckt im Grunde in einer tieferen Krise als der Marxismus, der von vielen bisherigen Fesseln befreit ist.

Es ist durchaus wahrscheinlich, dass - wie in Frankreich - die Sozialdemokratie auch wieder zur regierenden Partei mit einem SPD-Kanzler mithilfe dieser oder jener Koalition werden kann. Oskar Negt, der Nestor jener als neomarxistisch bezeichneten Schule der "kritischen Theorie", schreibt in seinem kurzen Beitrag im Jubiläums-Sonderheft des "Vorwärts": "Es fehlt eine Gesellschaftstheorie, die Ortsbestimmungen der Politik ermöglicht; es fehlt das überschreitende Denken. Der totale Utopieverlust, der auch die Idee des demokratischen Sozialismus erfasst hat, hinterlässt selbst bei gewonnenen Wahlen einen bitteren Nachgeschmack."¹⁸

Einen Politikwechsel mit der Chance zum Einstieg in einen gesellschaftlichen Transformationsprozess in einem "sozialdemokratischen 21. Jahrhundert" wird es mit dieser SPD nicht geben! Man könnte andererseits von einem Paradoxon sprechen: Durch Schröders neoliberale Umformung der SPD wurde deren Identität schwerst beschäftigt und andererseits entstanden objektiv neue Voraussetzungen für die Wiederbelebung einer traditionellen kämpferischen Sozialdemokratie. Da wir es aber mit einer durch die Globalisierung grundsätzlich veränderten Situation zu tun haben, würde eine einfache Rückbesinnung auf bisherige Mittel und Formen teilweise und zeitweilig erfolgreicher Reformpolitik angesichts des weitgehenden Fehlens der damals vorhandenen Bedingungen, die vom Systemwettstreit und dem Klassenkompromiss des "rheinischen Kapitalismus" bestimmt waren, die Rückkehr in eine Sackgasse der Geschichte bedeuten. Theoretisch blamiert und praktisch gescheitert, bleibt nur der selbst verliehen Ruhm als beinahe einziger Bannerträger der Demokratie - eine stolze Eineinhalbjahrhundertbilanz sieht anders aus.

Es ist die historische Herausforderung der Linkspartei, die Rolle einer Partei für eine antikapitalistische, systemüberwindende Reform- und Transformationspolitik im 21. Jahrhundert zu übernehmen.

Anmerkungen

- 1 Gekürzte Fassung des Referats auf der Konferenz am 23. Februar 2013.
- 2 Heiko Maas: Demokratie, Gerhard Schröder in: Die Kraft einer großen Idee. Europäische Moderne und Soziale Demokratie. Ein politisches Lesebuch. Herausgegeben von Sigmar Gabriel, S. 8.
- 3 Heiko Maas, in: ebenda, S. 47 f.
- 4 Peter Brandt/Detlef Lehnert: "Mehr Demokratie wagen". Geschichte der Sozialdemokratie 1830 - 2010, S. 270.
- 5 Anja Kruke/Meik Woyke (Hrsg.): Deutsche Sozialdemokratie in Bewegung - 1848 - 1863 - 2013.
- 6 Bernd Faulenbach: Geschichte der SPD. Von ihren Anfängen bis zur Gegenwart, München 2012, S.137 f.
- 7 Brandt/Lehnert, a.a.O., S. 9 f.
- 8 Ebenda, S. 266 f.
- 9 Martin Sabrow, Deutschland Archiv, H. 5/2006, S. 905.
- 10 Heinz Niemann: Meinungsforschung in der DDR. Die geheimen Berichte des Instituts für Meinungsforschung an das Politbüro der SED, Bund-Verlag GmbH, Köln 1993.
- 11 Derselbe: Zur Krise der DDR und der SED, in: GeschichtsKorrespondenz, Mitteilungsblatt Januar 2010, Nummer 1/16. Jhg.
- 12 Anja Kruke/Meik Woyke (Hrsg.): Deutsche Sozialdemokratie in Bewegung. 1948 - 1963 - 2013.
- 13 Für die Zeit zwischen 1914 und 1945/46 siehe u. a. Heinz Niemann: Geschichte der deutschen Sozialdemokratie 1914 - 1945.
- 14 Godesberg und die Gegenwart. Ein Beitrag zur innerparteilichen Diskussion über Inhalte und Methoden sozialdemokratischer Politik. (Hrsg. Hermann Buschfort/Heinz Ruhnau/Jochen Vogel), Bonn - Bad Godesberg, 1975, S. 29.
- 15 Zitiert nach Franz Walter: Vorwärts oder abwärts? Zur Transformation der Sozialdemokratie, Berlin 2010, S. 50.
- 16 Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Berlin 1989, S. 13 f.
- 17 Geleitwort Gerhard Schröder: Unsere Idee: Die soziale Demokratie, S. 8.
- 18 Oskar Negt: Ohne Utopie keine Zukunft. Die SPD braucht nicht nur Pragmatismus. Sie braucht einen Gesellschaftsentwurf, in: Vorwärts extra, Jubiläums-Sonderheft 02/2013, S. 64.

Prof. Dr. Georg Fülberth

New SPD

Der Maßstab

Ein häufiges, aber unfruchtbares Herangehen an die SPD ist der Vergleich ihrer heutigen mit früheren Positionen, zuweilen noch verbunden mit Verrats- oder Opportunismusvorwurf. Im Gegensatz dazu wird im Folgenden versucht, ihr Verhalten als Reaktion auf den jeweiligen Stand kapitalistischer Entwicklung zu sehen. Dabei gibt es - über alle Wandlungen hinweg - eine Konstante: als Massenpartei muss die SPD sich um die Unterstützung der Lohnabhängigen und sozial Benachteiligten in höherem Maße bemühen als liberale und konservative Parteien. Die Art und Weise, in der dies geschieht, ist jeweils wieder kontextabhängig.

Die nachfolgenden Überlegungen beschränken sich nicht auf die Zeit, in der es eine Partei mit dem Namen "Sozialdemokratische Partei Deutschlands" (seit 1890) gibt, sondern sie beginnen vorher. Die einzelnen Phasen, in denen diese Organisation beobachtet wird, sind:

1. die Industrielle Revolution,
2. der Organisierte Kapitalismus,
3. der Staatsmonopolistische Kapitalismus,
4. der Finanzmarktgetriebene Kapitalismus, häufig als Neoliberalismus bezeichnet,
5. der von mir so genannte Embedded Neoliberalismus.

Industrielle Revolution

Wenn die SPD 2013 ihr einhundertundfünfzigjähriges Jubiläum feiert, sich also bis in das Jahr 1863 zurückführt, so verzichtet sie doch nicht darauf, ihre Anfänge schon in der Revolution von 1848 zu suchen. Tatsächlich sind in den vorangegangenen Jahrzehnten schon sehr verschiedenartige Arbeiterorganisationen entstanden. Ihre gemeinsame Entstehungsbedingung war die Industrielle Revolution. In ihr entstand das moderne Fabrikproletariat, das in der neuen Gesellschaft seinen Ort finden musste: durch die Gründung von Unterstützungskassen, Gewerkschaften, politischen Vereinen. Zu den Forderungen seiner aktivsten Vertreter gehörte die politische und ökonomische Gleichstellung mit den anderen Klassen. Seine ersten Theoretiker sahen im Kapitalismus, der ja in seiner industriellen Form noch jung war, eine Phase, die relativ bald überwunden sein werde. Das galt ebenso für den Schneider Wilhelm Weitling wie die Intellektuellen Ferdinand Lassalle, Karl Marx und Friedrich Engels.

Organisierter Kapitalismus

Nach dem Gründerkrach 1873 und mit dem Beginn der "Großen Depression", die bis in die Mitte der neunziger Jahre des 19. Jahrhunderts anhielt, um dann in eine neue Periode raschen Wachstums (bis 1913) überzugehen, veränderte der Kapitalismus seine Gestalt: an die Stelle von Personal- traten Aktiengesellschaften, Kartelle und Monopole, die sich zunehmend staatlicher Unterstützung versicherten. 1924 hat Rudolf Hilferding diese Konstellation als "Organisierten Kapitalismus" bezeichnet. In der hier charakterisierten Form bestand dieser bis zur Weltwirtschaftskrise von 1929/1933, existierte danach weiter fort, wandelte sich aber so, dass zu ihrer Kennzeichnung ein anderer Terminus notwendig sein wird. Hierzu später.

Im Vergleich zu den raschen Umwälzungen während der Industriellen Revolution, in denen wegen drohenden Ruins der Arbeitskraft ein baldiges Ende des Kapitalismus manchmal nahe zu liegen schien, wirkte er jetzt stabiler aufgrund seiner höheren Organisation. In diese wurde jetzt die Arbeiterbewegung einbezogen. Auch die Arbeitskraft wurde kartelliert: in den Gewerkschaften. Sozialdemokratische Abgeordnete in Parteien und Vertreter der Arbeiterklasse in Gewerbergerichten und Gremien der Sozialversicherung nutzten diese staatlichen Institutionen im Interesse ihrer Klasse. Trotz internationalistischen Bekenntnisses wurde der Nationalstaat zum Rahmen für das Wirken der Arbeiterbewegung. Die Programmatik der Sozialdemokratie war spätestens seit ihrem Erfurter Programm von 1891 durch die Marxsche Theorie bestimmt, und zwar in einer Ausprägung, die diese in der Periode der Industriellen Revolution erhalten hatte. Nach einem späteren Urteil von Karl Korsch befand sich diese einzige bis dahin bekannte Variante des Marxismus nicht in Übereinstimmung mit der tatsächlichen Reformpraxis von Partei, Gewerkschaften und Genossenschaften, die in einem Verhältnis "negativer Integration" (Dieter Groh) zu Staat und kapitalistischer Gesellschaft standen und deren Verhalten durch Eduard Bernsteins Buch "Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie" wiedergegeben wurde - als ein allerdings nur teilintegriertes Element des Organisierten Kapitalismus

Dass die Arbeiterbewegung andererseits im Kaiserreich noch systemoppositionell blieb, resultierte aus ihrer auch nach dem Fall des Sozialistengesetzes fortbestehenden politischen Diskriminierung (durch Pluralwahlrecht in den Ländern und latente Staatsstreichdrohung) sowie aus der nach wie vor krassen sozialen Benachteiligung der Arbeiterklasse, deren materielles Niveau sich zwar über den Zustand während der Industriellen Revolution allmählich erhob, das physiologische Existenzniveau für ihre Mehrheit aber nicht weit übertraf. Auch die Kinder dieser Klasse blieben von jeder Aussicht des Aufstiegs, etwa durch Nutzung weiterführender Schulen, ausgeschlossen. Die Zustimmung der Partei zu den Kriegskrediten, mehr aber noch die Mitwirkung der MSPD und der Gewerkschaftsführungen in Kriegsinstitutionen (Sozialdemokraten als Staatssekretäre) bedeuteten weitere Schritte auf dem Weg der Integration in den Organisierten Kapitalismus, wobei die Mitwirkung am Staat als entscheidender Hebel verstanden wurde.

Dies galt umso mehr, als nach der Novemberrevolution dieser Staat nunmehr eine parlamentarische Republik war: Vertretung der Interessen der Arbeiterklasse geschah nach Maß-

gabe der Möglichkeiten, die diese Republik ihr hierfür bot. Die Katastrophe von 1933 schnitt die Fortsetzung dieses Weges vorderhand ab.

Staatsmonopolistischer Kapitalismus

Die Periode des Staatsmonopolistischen Kapitalismus in jener Form, die vor seiner späteren Modifikation durch den Finanzmarktgetriebenen Kapitalismus vorherrschend war, datiere ich von der Überwindung der Weltwirtschaftskrise ab 1933 bis zum Zusammenbruch des Systems von Bretton Woods 1973. Vom bisherigen Organisierten Kapitalismus unterschied er sich durch die gestiegene Bedeutung des Staates als wirtschaftlicher Akteur: Dieser griff nun nicht nur partiell in die Ökonomie ein (wie schon früher durch Zoll- und Rüstungspolitik), sondern auch durch hohe Investitionen und Teilplanung.

Der Staatsmonopolistische Kapitalismus durchlief zwei Phasen: 1. den Kriegskeynesianismus 1933 - 1945, 2. den Wohlfahrtskeynesianismus 1945 - 1973.

In Deutschland war die SPD 1933 bis 1945 verboten. Einige ihrer nach dem Zweiten Weltkrieg führenden Funktionäre waren in Skandinavien beeindruckt von einer frühen Form des Wohlfahrtskeynesianismus, die dort schon in den dreißiger Jahren eingesetzt hatte. Ähnliches gilt für ein anderes Emigrationsland: Großbritannien im Zeichen des Beveridge-Plans. Unter Kurt Schumacher hatten diese Ansätze in der Spitze der SPD noch keine Chance, wohl aber in ihrer Praxis in einzelnen Ländern und Gemeinden. Nach der Wahlniederlage von 1953 begann eine Neuorientierung, die schließlich im Godesberger Programm von 1959 ihren konzeptionellen Niederschlag fand. Dessen Formulierung "Soviel Markt wie möglich, so viel Plan wie nötig" wurde implizit auch als Absage an die bisherige Verfassung verstanden, dass Sozialisierung der Produktionsmittel die notwendige, wenngleich nicht hinreichende Voraussetzung für die Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse und für die volle Verwirklichung von Demokratie sei. Die SPD begriff sich nicht mehr als eine Partei der Arbeiterklasse allein, sondern auch als eine Partei des ganzen Volkes. Hier spiegelte sich eine reale Verschiebung, die inzwischen in ihrer Mitgliedschaft stattgefunden hatte. In sozialdemokratisch regierten Ländern und Gemeinden nahm der Anteil von Beamten und von Angestellten des Öffentlichen Dienstes, die der SPD angehörten, zu. Dabei hatte die Sozialdemokratische Partei weiterhin eine privilegierte Verankerung unter den Handarbeitern und verstand sich nach wie vor auch als ihre Interessenvertretung, die an zwei Voraussetzungen gebunden sei: 1. die demokratische Republik, 2. einen Industriekapitalismus mit hohen Wachstumsraten.

Zeitweilig bestanden drei verschiedene Versionen nebeneinander, und es fanden teilweise heftige Auseinandersetzungen zwischen ihnen statt:

1. Von 1968 bis zirka Mitte der siebziger Jahre trat insbesondere die "Arbeitsgemeinschaft Jungsozialisten in der SPD" für ein Konzept systemüberwindender Reform ein, durch die der Kapitalismus zugunsten des Sozialismus aufgehoben werden sollte. Von den beiden Koordinaten der SPD-Politik: erstens dem älteren Bekenntnis zur Republik, zweitens zum Kapitalismus, wurde die zweite aufgegeben, wobei zeitweilig sogar rätesozialistische, also nicht ausschließlich parlamentarisch-demokratische Vorstellungen hörbar wurden. Die reformsozialistische Komponente fand noch Ausdruck in der Arbeit einer Kommission für einen "Orientierungsrahmen '85" unter der Leitung von Peter von Oertzen. Ihr Entwurf wurde 1975 verabschiedet, hatte aber keine praktische Wirkung. Damit setzte sich

2. eine zweite Konzeption durch. Für sie ist der Kapitalismus eine notwendige Voraussetzung von Demokratie, wobei Berücksichtigung der Interessen der Arbeiterklasse (jetzt schon längst als "Arbeitnehmerschaft" bezeichnet) allerdings eine Funktionsbedingung für die Sicherung des kapitalistischen Systems ist. Diese Konzeption lässt sich als "rechtssozialdemokratisch" bezeichnen. Einen organisatorischen Rückhalt hat sie im "Seeheimer Kreis".

3. Nach wie vor besteht der Anspruch der SPD auf ein Vertrauensprivileg in der Arbeiterklasse. Das verschafft einer linkssozialdemokratischen Komponente Möglichkeiten, die zwar den Kapitalismus als eine nicht überwindbare Rahmenbedingung ansieht, unter diesen Voraussetzungen sich aber auf die Vertretung der Interessen der Lohnabhängigen konzentriert. Diese Position findet sich deutlich in der Gründung einer "Arbeitsgemeinschaft für Arbeitneh-

merfragen", mit der 1973 der Klassenpluralismus in der SPD auch organisatorisch dokumentiert worden ist.

Eine andere Bezeichnung für den Staatsmonopolistischen Kapitalismus ist: Korporatismus, das Zusammenwirken von Big Government, Big Business und Big Labour - Staat, Konzernen und Gewerkschaften. Seit ihrer Gründung im 19. Jahrhundert war die deutsche Sozialdemokratie eng mit den Gewerkschaften verbunden, zumindest mit den so genannten Freien Gewerkschaften (in der Zeit der Richtungsgewerkschaften), zum Beispiel der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands und dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund (ADGB). Nach dem Zweiten Weltkrieg galt das auch für den Deutschen Gewerkschaftsbund und seine Einzelgewerkschaften. Für sie war der keynesianische Wohlfahrtskapitalismus die ihren Interessen angemessene Form kapitalistischen Wirtschaftens, und deshalb bildeten sie eine Machtbasis der SPD.

Finanzmarktgetriebener Kapitalismus

Nach dem Zusammenbruch des Währungssystems von Bretton Woods am 11. März 1973 und dem "Big Bang" an der Londoner Börse am 27. Oktober 1986 wurde der bisherige Staatsmonopolistische Kapitalismus zum Finanzmarktgetriebenen Kapitalismus umgeformt. Die staatlichen Möglichkeiten zur Einwirkung auf die Wirtschaft wurden unter dem Diktat der Finanzmärkte geschwächt.

Die herrschende Klasse gruppierte sich um: Im Staatsmonopolistischen Kapitalismus hatten die Kapitaleigentümer die Verwaltung und Mehrung ihres Reichtums weitgehend an Manager delegiert, die die Gewinnmaximierung durch Investitionen in die Produktion vorantrieben. Nach der so genannten "Shareholder Revolution" der achtziger Jahre richtete sich das Interesse der Anteilseigner der Aktiengesellschaften in geringerem Maße als bisher auf die Abpressung von Mehrwert im Herstellungsprozess, sondern auf die Kurssteigerung an den Kapitalmärkten. Instrumente hierzu waren - neben den klassischen Banken - Fonds: Private-Equity-Fonds, Hedge-Fonds. Ihre Vorstände richteten sich nach drei Strategien:

- Spekulation,
- Herrichtung von Unternehmen oder Unternehmensteilen für ihren Verkauf durch Druck auf die Löhne und Senkung des Personalstandes,
- Zurückdrängung von sozialer und ökonomischer Tätigkeit der öffentlichen Hände, Privatisierungen.

Für eine Partei wie die SPD, die den demokratischen Staat als entscheidendes Instrument einer keynesianischen Wirtschaftspolitik - die sie seit 1959 propagierte und auch praktizierte - einzusetzen versuchte, entfiel damit ein wichtiges Instrument. Die anhaltende Massenarbeitslosigkeit schwächte die Gewerkschaften und damit die organisierte Basis für die Interessenvertretung der lohnabhängig Beschäftigten. Unter dem Kanzler Helmut Schmidt versuchte sie noch gegenzusteuern, in der langen Oppositionszeit 1982 bis 1998 war sie weitgehend orientierungslos. In der Sozialstruktur hatte inzwischen ein Umbruch stattgefunden durch Stagnation und Rückgang der Handarbeiterklasse und Aufwuchs der Intelligenz zu einer nach Millionen zählenden Massenschicht, die sich eine eigene Partei, Die Grünen, schuf. Tony Blair gestaltete in Großbritannien die Labour Party zu "New Labour" um. Durch die Streichung der "Clause Four" im Parteiprogramm, die die Forderung nach Vergesellschaftung der Produktionsmittel erhoben hatte, holte Labour zunächst nach, was die SPD bereits 1959 vorgenommen hatte. Aber Blair ging weiter: Unter Margaret Thatcher war Großbritannien weitgehend entindustrialisiert und zugleich zum Zentrum der Finanzwirtschaft umgebaut worden. Im "Blair-Schröder-Papier", das der britische Premier und der sozialdemokratische Bundeskanzler Gerhard Schröder 1999 vorlegten, war implizit die Godesberger Formel "So viel Markt wie möglich, so viel Staat wie nötig" aufgegeben worden zugunsten von "So viel Finanzmarkt und so wenig Staat wie möglich". Nach dem Rücktritt Oskar Lafontaines 1999 als Finanzminister bemühten sich sowohl die rotgrüne als auch die schwarzrote Bundesregierung mit dem Finanzminister Peer Steinbrück darum, auch Deutschland mehr als bisher zum Standort der Finanzdienstleistungsindustrie umzubauen. Diesem Zweck dienten die 2003 von Schröder ausgerufene Agenda 2010 und die Hartz-Gesetze. Für die SPD entstand damit ein Problem, das in der Politikwis-

senschaft als "Cleavage" bezeichnet wird: Wenn das bestehende Parteiensystem die Interessen von Wählermassen relevanter Größe nicht mehr artikuliert, entsteht eine Lücke ("cleavage"), in der neue Parteien entstehen.

Mit den Hartz-Gesetzen und der Teilprivatisierung der Finanzierung der Gesundheitsversorgung der Arbeiter(innen) und der kleinen Angestellten hatte die Sozialdemokratische Partei Deutschlands eine Menschengruppe sich entfremdet, die in der Vergangenheit immer zu ihrer Basis gehört hatte: Lohnabhängige, die jahrzehntelang in die Systeme sozialer Sicherung eingezahlt hatten und im Fall des Ausscheidens aus dem Arbeitsleben (sei es Erwerbslosigkeit oder Alter) und von Krankheit eine ausreichende Unterstützung, die ihrer Lebensleistung entspricht, erwarten. Sie verlieren diesen Anspruch nun nach kurzer Zeit. Viele von ihnen sahen sich ab 2005 - als die Hartz-Gesetze in Kraft traten - nicht mehr von der SPD vertreten. Diese gewann von vornherein auch keinen Kontakt zu denjenigen - oft jüngeren - Menschen, die ohnehin keine oder kaum eine Chance hatten und haben, durch ihre Arbeit das Recht auf Arbeitslosengeld oder eine ausreichende Rente zu erwerben. In diese Repräsentationslücke trat die Partei "Die Linke" ein. Deren zeitweiliger Aufstieg bedeutete eine Spaltung des sozialdemokratischen Potentials.

Die Beziehungen zu den Gewerkschaften waren seit 2003 Spannungen ausgesetzt. Erstmals hatte sich dies in der Schlussphase der Kanzlerschaft Helmut Schmidts gezeigt, als für die sozialliberale Koalition zunehmend Druck der FDP in Richtung eines Abbaus des Sozialstaats bemerkt wurde. In der Oppositionszeit der SPD wurde die Distanz schnell wieder abgebaut; trotz seiner parteipolitischen Unabhängigkeit hat der DGB den Wahlkampf der SPD 1998, der dann zum Sieg Gerhard Schröders führte, unverkennbar unterstützt. Jürgen Peters, von 2003 bis 2007 Erster Vorsitzender der IG Metall, erklärte als Antwort auf die Wirtschafts- und Sozialpolitik der rotgrünen Koalition die "strategische Partnerschaft" seiner Gewerkschaft mit der SPD für beendet. Die Gewerkschaft ver.di mit ihrem Vorsitzenden Frank Bsirske, der Mitglied der Partei "Die Grünen" ist, ging ebenfalls auf Distanz zur SPD, denn von deren Politik waren in hohem Maße die Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes negativ betroffen. Ein führender Wirtschaftspolitiker von ver.di, Michael Schlecht, wurde Bundestagsabgeordneter der Partei "Die Linke".

Embedded Neoliberalism

Der Staatsmonopolistische Kapitalismus wird zuweilen als "Embedded Liberalismus" bezeichnet: als eingebetteter oder eingehogter Marktliberalismus; "Soziale Marktwirtschaft ist eine Übersetzung ins Deutsche, ähnlich auch "Sozialliberalismus". Der finanzmarktgetriebene Kapitalismus wird meist als Neoliberalismus bezeichnet. Seit der Finanzkrise ab 2007 ist von fast allen in Parlamenten vertretenen Parteien in der Bundesrepublik - mit Ausnahme der FDP - die Eindämmung der Spekulation auf die Tagesordnung gesetzt worden. Dies erfolgt durchaus im Gesamtinteresse der Kapitalistenklasse, für die die Unberechenbarkeit der Finanzmärkte zu riskant geworden ist. Sollte irgendwann einmal ihre Regulierung durchgesetzt sein - was gewiss noch längere Zeit dauern wird -, bedeutet dies nicht das Ende des Neoliberalismus, sondern nur seine Modifizierung. Man könnte ihn als "Embedded Neoliberalism" bezeichnen, als eingebetteten oder modifizierten Neoliberalismus. Von seinen drei Strategien entfielen die Spekulation in ihrer bisherigen Form, aber der Druck auf die Lohnarbeit und die Demontage des Sozialstaats wird dadurch nicht aufgehoben, vielleicht sogar noch erhöht, nämlich dann, wenn die hohen Renditen, die bislang in der Spekulation erzielt wurden, in ihrem hohen Umfang reduziert werden und dann der Versuch unternommen wird, sie auf anderen Gebieten - Lohn- und Druck, Einsparungen bei Transferleistungen, Privatisierungen - zu erwirtschaften. In der Auseinandersetzung um die Realisierung dieses Konzepts konkurriert die SPD mit der Union, dafür steht ihr Kanzlerkandidat Peer Steinbrück. Es kann sein, dass sie dafür mehr Unterstützung aus dem produzierenden Teil des Kapitals zu erwarten hat.

Die IG Metall hat unter ihrem Vorsitzenden Berthold Huber (seit 2007) ihre privilegierte Partnerschaft zur SPD wieder aufgenommen. Ebenso wie die Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE) und anders als ver.di trägt sie eine Wende zur Erhöhung der Steuern im oberen Segment und der Sozialabgaben nicht mit. Chemie- und Metallindustrie sind in

hohem Maße exportorientiert, und diese beiden Gewerkschaften sehen sich - die IG BCE von jeher, die IGM neuerdings - anders als ver.di einem Wettbewerbskorporatismus verpflichtet.

Nach einem leider nur mündlich überlieferten Bonmot von Theo Pinkus war die SPD spätestens seit 1914 - und hier widersprach er Lenin - nicht nur eine Agentur der Bourgeoisie in der Arbeiterklasse, sondern auch eine Agentur der Arbeiterklasse in der Bourgeoisie und im Staatsapparat. Der Begriff "Agentur" hat sonst einen unangenehmen Ton, der von Theo Pinkus hier nur ironisch, gleichsam augenzwinkernd gebraucht wurde. In dem Maße und so lange Eigenaktivität der Arbeiterklasse schwach ist, mitbedingt durch Arbeitslosigkeit oder Drohung mit dieser, verstärkt sich der Einfluss des Kapitals in der SPD und schwächt sich der Einfluss der Arbeiterklasse dort ab. Dennoch wird die Sozialdemokratische Partei Deutschlands insbesondere in den bevorstehenden Wahlkämpfen sich wieder stärker um Einfluss in der Arbeiterklasse bemühen, wohl nicht als deren Agentur, sondern eher in einem paternalistischen Verhältnis zu ihr.

Über diesen Anlass hinaus ist die SPD

1. eine Funktionspartei in der Selbstverwaltung des Kapitalismus,
2. verbunden mit dem Versuch der Integration der Unterklasse in diese Funktion, die
3. unter Berücksichtigung der Interessen dieser Unterklasse erfolgt, und zwar
4. unter den Bedingungen der als alternativlos aufgefassten Fortdauer des Kapitalismus,
5. wobei in diesen Punkten - Integration der Unterklassen, relative Berücksichtigung von deren Interessen - kein Alleinstellungsmerkmal der SPD gegenüber der Union besteht.

Dr. Marga Beyer

Einige Probleme der deutschen Sozialdemokratie zu Beginn des 20. Jahrhunderts

Wir haben uns vorgenommen, aus den Höhen und Tiefen der Entwicklung der SPD Schlussfolgerungen zu ziehen. Eine kritische Bilanz vonseiten der SPD-Führer ist heute natürlich nicht zu erwarten. So bleibt es uns "Nostalgikern" überlassen, auf einige Probleme kritisch und vielleicht auch warnend zu verweisen.

Ich möchte auf zwei Ereignisse am Anfang des 20. Jahrhunderts die Aufmerksamkeit lenken. Zum einen ist das die von Lassalle als enormes Kampfmittel gepriesene Wahlbeteiligung; inzwischen wurde sie als Kampfmittel gegen Kapitalismus und Kaiserreich von der Sozialdemokratie genutzt. Bei den Reichstagswahlen 1903 errang die Sozialdemokratie einen aufsehenerregenden Wahlerfolg. Sie erhielt 31,7 Prozent aller gültigen Stimmen und vergrößerte die Reichstagsfraktion von 58 Abgeordneten (1898) auf 81. Ihr prozentualer Anteil innerhalb des Reichstags verbesserte sich von 14,6 auf 20,4 Prozent. Dieses beachtliche Wahlergebnis löste innerhalb der Sozialdemokratie, ihren Anhängern und Wählern und den befreundeten Sozialisten im Ausland Freude aus. Dennoch brach nur wenig später ein Streit darüber aus, was die Sozialdemokratie mit einem solchen Wahlerfolg anfangen sollte, wie ihre gestiegene parlamentarische Kraft im Interesse ihrer Wähler zu nutzen sei.

Heftiger Disput entbrannte unter den Mitstreitern, als Bernstein und andere für die Übernahme wichtiger Positionen im Reichstag plädierten; andere forderten die Fraktion auf, zu Konzessionen an das bürgerliche Lager bereit zu sein. Generell ging es also um die Frage, ob die Partei zu diesem Zeitpunkt an der Macht teilnehmen sollte bzw. sich für eine Machterweiterung einsetzen müsse.

Der im September 1903 tagende sozialdemokratische Parteitag musste auf alle diese Fragen Antworten erteilen.

Bebel entwickelte auf diesem Parteitag wichtige und auch für die heutige Politik der Partei "Die Linke" bemerkenswerte Prinzipien. Zusammenfassend möchte ich sie benennen:

1. Die herrschenden Klassen zeigten sich zwar angesichts der gestiegenen Kraft der Sozialdemokratie beunruhigt, besaßen aber noch immer die Machthebel in der Gesellschaft und waren jederzeit bereit, sich noch stärker gegen die Sozialdemokratie zusammenzuschließen. Bebel betonte, dass es noch nicht gelingen werde, die besitzenden Klassen zu den Beiträgen für die Reichslasten heranzuziehen. Ohne Änderung der Verhältnisse von Grund auf sei daran nicht zu denken. Bebel forderte dazu auf nachzudenken, was die Partei im gegenwärtigen Zeitpunkt, trotz gewachsener Stärke, tun könne und was nicht. "Wir sind (...) Vieles gezwungen zu tun, von dem wir wissen, dass wir es nicht erreichen. Es kommt nicht darauf an, ob man etwas gleich durchsetzen kann, sondern wir haben es zu fordern, weil es gerecht und vernünftig und somit notwendig ist. Durch die Gründe, die wir anführen, haben wir die draußen Stehenden zu überzeugen, dass diese ganze Politik, wie sie heute gehandhabt wird, (...) eine Klassenpolitik ist, dass Reich und Staat Klassenstaaten sind und es bleiben werden, solange sie in der jetzigen Gestalt bestehen."¹

2. Bebel stellte klar, dass die Partei nach dem Sozialistengesetz gewachsen sei und neue Wählerkreise erreicht habe. In ihrem Sinne müsse die Partei ihre Taktik verändern, "aber nicht etwa in dem Sinne, dass wir bremsen oder zurückhalten", sondern noch energischer, rücksichtsloser und schärfer vorgehen als bisher.² Die Fraktion müsse kämpferisch und entschieden auftreten, aber sie könne die Gegner noch nicht zur Annahme ihrer Vorschläge zwingen. Die Partei müsse nach wie vor in der schärfsten Opposition auftreten. Angesichts der Zusammensetzung der Fraktion forderte Bebel den Parteitag auf, dass die Partei mit darüber entscheidet, welcher Gesetzesvorlage die Fraktion zustimmt und welcher nicht. Bebel warnte vor Entwicklungen, die, ähnlich wie in bürgerlichen Parteien, dazu führen, ihre Grundsätze preiszugeben.

3. Zusammengenommen stellte der Parteitag folgende Aufgaben: die Aufklärung über die Ziele der Sozialdemokratie - die Wahrnehmung der Interessen der Arbeiterklasse - die Erweiterung und Sicherung der politischen Freiheit und der gleichen Rechte für alle - gegen Militär und Kriegsgefahr - das Auftreten wider Unrecht, Unterdrückung und Ausbeutung in jeglicher Form - das Eintreten für den Ausbau der Sozialgesetzgebung, die Erfüllung politischer und kultureller Aufgaben der Arbeiterklasse.

Sowohl die Resolution als auch Bebels Ausspruch "Ich will der Todfeind dieser bürgerlichen Gesellschaft und dieser Staatsordnung bleiben, um sie in ihren Existenzbedingungen zu untergraben und sie, wenn ich kann, beseitigen"³ bestärkten die Sozialdemokraten in ihren weiteren Vorhaben.

Die linken Parteien auch in unserer heutigen Zeit durchleben Wahlerfolge und Wahlniederlagen. Weder in der einen noch in der anderen Situation ist es leicht, die richtigen Schlussfolgerungen für die weitere Arbeit zu ziehen. Und dennoch: es erscheint wichtig zu wissen, auf welche Kräfte man sich auch im weiteren stützen kann, gegen welche Illusionen man auftreten muss und welche Grundsätze im Voranschreiten nicht abhanden kommen dürfen.

Ich möchte jetzt zu einem zweiten Aspekt historischer Erfahrungen kommen. Er betrifft die Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg, als sie dem Ruf des Kaiserreiches folgte: "Wir lassen in der Stunde der Gefahr das eigene Vaterland nicht im Stich." Die sozialdemokratische Fraktion bewilligte die geforderten Kriegskredite einstimmig - im Dezember dann verweigerte Karl Liebknecht als einziger diese Forderung.

Ob zu Recht oder Unrecht haben wir in der DDR-Geschichtsschreibung erst ab diesem Vertrat an den nationalen und internationalen Beschlüssen der Sozialdemokratie den Begriff "SPD" verwendet. Wir zogen damit einen Trennungsstrich zur weitgehend revolutionären Tradition der deutschen Sozialdemokratie.

Eine Erfahrung betrifft die uns allen bekannte großartige Künstlerin Käthe Kollwitz. Ende des 19., zu Beginn des 20. Jahrhunderts war sie in ihrer Familie eng mit der Sozialdemokratie verbunden: Ihr Mann, Armenarzt im Prenzlauer Berg in Berlin, zeitweilig sozialdemokratischer Abgeordneter; ihr Bruder Conrad Schmidt ein Sozialdemokrat- an ihn richtete Friedrich Engels

noch in den 90er Jahren einige seiner "Altersbriefe". Käthe Kollwitz selbst war eine herausragende, sozial denkende Künstlerin, die ihre beiden heranwachsenden Jungen im humanistischen Geiste erzog.

Bei Ausbruch des Ersten Weltkrieges hielten sie und viele Anhänger der Sozialdemokratie die von der Parteiführung verbreitete Burgfriedenspolitik für wahr, auch wenn sie ihre kritische Haltung zur Parteiführung nicht verhehlten. Nach dem Opfertod ihres jüngsten Sohnes Peter, er stand nicht einmal acht Tage im belgischen Kriegsgeschehen, fiel sie in eine tiefe Krise. Weitere Todesopfer ihrer Umgebung, Not und Kriegsfolgen zerbrachen in einem jahrelangen Prozess ihre Illusionen über den mörderischen Krieg und die zustimmende Haltung der SPD-Führung. In ihrem Werk brach sich die Goethesche Erkenntnis Bahn: "Saatfrüchte sollen nicht zermahlen werden" - dieses Thema drückte ihre Antikriegshaltung auch in späteren Perioden aus.

Nur wenige Tage vor Ausbruch der Novemberrevolution 1918 veröffentlichte der Dichter Richard Dehmel einen Aufruf zur Rettung des Vaterlandes; er forderte alle Männer zum freiwilligen Kampf gegen die äußeren Feinde auf und bezeichnete die, die einem solchen Aufruf zur Kriegsverlängerung nicht folgen wollten, als Memmen oder Drückeberger.

Nunmehr griff Käthe Kollwitz aktiv ein. Ihrem hartnäckigen Drängen gab schließlich die "Vorwärts"-Redaktion nach und veröffentlichte ihren "Antikriegsaufruf" am 30. Oktober 1918. "Man hat tief umgelernt in diesen vier Jahren. Mir will scheinen, auch in Bezug auf den Ehrbegriff. Wir empfanden Rußland nicht als ehrlos, als es in den unerhört harten Brester Frieden einwilligte. Es tat es aus dem verpflichtenden Gefühl heraus, die ihm noch verbleibenden Kräfte für den inneren Wiederaufbau sparen zu müssen. Ebenso wenig darf Deutschland, wenn ein Rechtsfrieden an der Entente scheitern sollte, sich als entehrt empfinden, wenn es einen Gewaltfrieden eingehen muß. ... Seine Ehre soll Deutschland daran setzen, das harte Geschick sich dienstbar zu machen, innere Kraft aus der Niederlage zu ziehen, entschlossen der ungeheuren Arbeit, die vor ihm liegt, sich zuzuwenden." Ihr Schreiben endet mit den Worten: "Es ist genug gestorben! Keiner darf mehr fallen! Ich berufe mich gegen Richard Dehmel auf einen Größeren, welcher sagte: Saatfrüchte sollen nicht vermahlen werden."⁴

Sowohl die revolutionären Traditionen als auch die leidvollen Erfahrungen in und mit der deutschen Sozialdemokratie gilt es zu bewahren und in den linken Parteien und Organisationen als Ausgangspunkt weiterer Überlegungen zu nehmen.

Anmerkungen

- 1 Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Dresden vom 13. bis 20. September 1903, Berlin 1903, S. 304.
- 2 A.a.O., S. 305/306.
- 3 A.a.O., S. 313.
- 4 Käthe Kollwitz: Die Tagebücher ..., Akademie-Verlag, Berlin 1989, Anmerkungen S. 839 - 841.

Dr. Reiner Zilkenat

Das deutsche Großkapital, der Keppler-Kreis und die NSDAP: Zur Vorgeschichte des 30. Januar 1933 (II)*

Der "Keppler-Kreis" erreichte vor allem, dass wichtige wirtschaftspolitische Erklärungen vorab Hitler vorgelegt werden mussten und damit der Kontrolle Wilhelm Kepplers unterlagen. Die Parteizentrale in München wurde derart umorganisiert, dass leitende Mitarbeiter, deren wirtschaftspolitische Ansichten nicht vollständig den Vorstellungen der Großindustriellen entsprachen, kalt gestellt wurden. Das betraf vor allem Gregor Strasser, der endgültig im Dezem-

ber 1932 seinen politischen Einfluss verlor, aber auch Gottfried Feder, den Autor des Parteiprogramms von 1920,⁶⁹ sowie Hitlers langjährigen Wirtschaftsberater Otto Wagener, der eine Neuorganisation des Staates und der Volkswirtschaft nach ständischen Modellen favorisierte.⁷⁰

Seit Dezember 1932 führte Walther Funk, der ehemalige Chefredakteur der "Berliner Börsen-Zeitung", hier die Geschäfte eines Leiters der Kommission für Wirtschaftspolitik, nachdem er von Hitler bereits im Juni des gleichen Jahres "für das Gesamtgebiet der Wirtschaft dem Reichsorganisationsleiter", also Gregor Strasser, "als Berater zur Seite gestellt"⁷¹ worden war. Funk hatte sich bei den Herren der Großindustrie und der Banken mit seinen "schwungvoll" formulierten Leitartikeln einen Namen gemacht, in denen er gleichermaßen einen nachhaltigen Demokratie- wie den massiven Sozialabbau propagierte, aber auch, wenn es nötig schien, die Führung der NSDAP ermahnte, den antikapitalistischen Phrasen nur eine propagandistische Funktion zuzuweisen.⁷² Otto Wagener attestierte Funk interessanter Weise, er sei "kein Nationalsozialist", sondern ebenso wie Keppler, "von Natur aus Wirtschaftsliberalist"⁷³. In seiner Vernehmung während des Nürnberger Kriegsverbrecherprozesses antwortete Walther Funk im Übrigen auf eine entsprechende Frage des US-amerikanischen Anklägers wahrheitsgemäß, der "Verbindungsmann zwischen der Nazi-Partei und den großen Geschäftsleuten in Deutschland gewesen zu sein"⁷⁴.

Die "Industriellen-Eingabe" an Hindenburg vom November 1932

Im November 1932 schlug dann eine Sternstunde des "Keppler-Kreises". Seine Mitglieder sowie weitere führende Repräsentanten der deutschen Industrie- und Bankenwelt sowie Exponenten der nach wie vor gesellschaftlich und politisch einflussreichen Großgrundbesitzer unterzeichneten eine Eingabe an den Reichspräsidenten von Hindenburg, in der die Übergabe der Regierungsmacht an die faschistische Partei gefordert wurde. Unterschrieben hatten diese Eingabe bzw. sich schriftlich mit ihrem Anliegen einverstanden erklärt, ohne selbst zu unterzeichnen, die bereits genannten Mitglieder des "Keppler-Kreises". Hinzu kamen mit Paul Reusch und Fritz Springorum zwei weitere führende Repräsentanten der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie. Reusch gehörte seit 1905 dem Vorstand der Gutehoffnungshütte an, den er inzwischen als Vorsitzender leitete. Außerdem amtierte er als Aufsichtsratsvorsitzender der Deutschen Werft AG und als stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg (MAN). Weitere Aufsichtsratsmandate nahm er bei der Deutschen Bank, der AEG, der Bayerischen Vereinsbank und bei der Philipp Holzmann AG wahr. Die herausragende Bedeutung dieses Industriellen wird noch durch seine Mitgliedschaft im Präsidium des RDI, in der "Ruhrlade" und durch seine Funktion als Vizepräsident des Deutschen Industrie- und Handelstages unterstrichen. Springorum war seit 1920 Vorstandsvorsitzender der Hoesch AG. Zugleich gehörte er dem Hauptvorstand des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, der "Ruhrlade" sowie dem Vorstand des RDI an.

Besonders wichtig für den Eindruck, den die Eingabe auf Hindenburg hinterlassen sollte, waren die Unterschriften prominenter Großagrarien. Hier finden wir den schlesischen Magnaten Eberhard Graf von Kalckreuth, den Präsidenten des Reichslandbundes (RLB), der einflussreichen Interessenorganisation der Großagrarien, denen sich der Reichspräsident verbunden fühlte und für deren Anliegen er stets ein offenes Ohr hatte. Kalckreuth war zudem Mitglied des Zentralausschusses der Deutschen Reichsbank und Aufsichtsratsvorsitzender der Deutschen Landwirtschaftsbank. Joachim von Oppen-Dannenwalde, Sohn eines Generalleutnants, war Großgrundbesitzer in der Ostprignitz und seit 1921 Präsident der Landwirtschaftskammer Brandenburg sowie Mitglied des Deutschen Landwirtschaftsrates. Beide Adligen hatten zudem in preußischen Garderegimentern gedient; für den greisen Generalfeldmarschall a. D. und Reichspräsidenten Hindenburg stets ein gutes Argument, um die Ansichten derartiger Herrschaften ernst zu nehmen. Weiterhin hatte Robert Graf von Keyserlingk die Eingabe unterzeichnet, ein Jurist mit langer Karriere im preußischen Staatsdienst. Unter anderem war er als Referent im Landwirtschaftsministerium tätig und schließlich zum Regierungspräsidenten von Königsberg avanciert. Im Weltkrieg hatte er zeitweilig Hindenburgs Stabschef, den General Erich Ludendorff, bei der Lösung volkswirtschaftlicher Fragen beraten. In der Weimarer Republik zählte Graf Keyserlingk zu den Mitbegründern der DNVP, wurde Mitglied des Preußischen

Staatsrates und 1921 zum Mitglied des Vorstandes landwirtschaftlicher Arbeitgeberverbände gewählt. 1927 gehörte er der deutschen Delegation auf der Genfer Weltwirtschaftskonferenz an. Schließlich hatte der preußische Junker von Rohr-Manze die Eingabe an Hindenburg unterschrieben, der Vorsitzende des Schlesischen Landbundes.

Für den Reichspräsidenten war ebenfalls wichtig, dass einige der Unterzeichner dem "Stahlhelm-Bund der Frontsoldaten" verbunden waren, dem Hindenburg als Ehrenmitglied angehörte. Mit Graf v. Kalckreuth, Fritz Springorum, Otto Steinbrinck und Dr. Lübbert, einem mittelständischen Unternehmer der Baubranche, gehörten vier Persönlichkeiten, die der Industriellen-Eingabe ihre Zustimmung gegeben hatten, dem Wirtschaftsrat des Stahlhelms an. Noch zwei Monate sollte es dauern, bis das mit der "Industriellen-Eingabe" verfolgte Ziel, die Berufung Hitlers zum Reichskanzler durch Paul von Hindenburg, schließlich erreicht werden konnte.

Zuvor vollzog sich ein kompliziertes Intrigenspiel, bei dem Kurt Freiherr von Schröder, Friedrich Reinhart, der ehemalige Reichskanzler Franz von Papen und der eingeherrschte Inhaber der Sektkellerei Henkell und spätere faschistische Reichsaußenminister, Joachim von Ribbentrop, sowie des Reichspräsidenten Sohn Oskar von Hindenburg einige der Hauptrollen spielten. Im Hintergrund wirkten die Herren der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie. In der Kölner Villa von Schröders und im Hause Ribbentrops in der Lentzeallee in Berlin-Dahlem fand eine Serie streng vertraulicher Beratungen statt, bei denen es darum ging, das Einverständnis des Reichspräsidenten, des DNVP-Vorsitzenden Alfred Hugenberg und des "Stahlhelms" für eine Kanzlerschaft Hitlers mit einem Vizekanzler v. Papen an der Seite zu erlangen.

Wir wollen an dieser Stelle den Gang dieser Verhandlungen und Gespräche nicht nachzeichnen. Im Ergebnis konnten Hitler und die NSDAP am 30. Januar 1933 die Führung der Regierungsgeschäfte übernehmen, den "kleinen Finger", wie es Goebbels 1930 formuliert hatte, bald nahmen sie "die ganze Hand". Henry A. Turner, einer der professionellen Weißwäscher des deutschen Großkapitals, schrieb einst: "Die launenhafte Fortuna stand eindeutig auf Hitlers Seite."⁷⁵ Müsste es nicht stattdessen heißen: "Besonders reaktionäre Kreise der deutschen Industrie- und Bankenwelt und des Großgrundbesitzes bedienten sich Hitlers und der NSDAP, um ihre ökonomischen und politischen Interessen endlich kompromisslos in die Tat umsetzen zu können."

Es scheint an der Zeit zu sein, vor dem 80. Jahrestag der Machtübergabe an die deutschen Faschisten an die Verantwortung derjenigen zu erinnern, ohne die Hitler und seine Partei in Deutschland nie die Macht hätten erringen und die Welt in den furchtbarsten aller Kriege hätten stürzen können.

Anmerkungen

* Fortsetzung und Schluss. Erster Teil in *Geschichtskorrespondenz*, Januar 2013, S. 10 - 22.

69 Siehe Gottfried Feder: Das Programm der N.S.D.A.P. und seine weltanschaulichen Grundgedanken, 41. - 50. Aufl., München 1931, bes. S. 28 ff. (zur "Brechung der Zinsknechtschaft"), S. 35 f. (wirtschafts-, finanz- und sozialpolitische Grundsätze); S. 45 ff. (ausführliche Erläuterungen zu den wirtschafts-, finanz- und sozialpolitischen Zielen der Nazipartei). An mehreren Stellen dieses vor antisemitischen Tiraden nur so strotzenden Textes ist unterschiedslos z. B. von "dem" Bankkapital (S. 45 ff.) und "den" Warenhäusern (S. 47 f.) die Rede.

70 Siehe Hitler aus nächster Nähe, S. 217 u. zu seiner Abberufung, die er als Bitte um seine Entlassung schildert, ebenda, S. 475 ff.

71 Der Angriff, Nr. 125, 16. 6. 1932: "Anordnungen der Reichsleitung der NSDAP". Zur Entmachtung von Gregor Strasser und Gottfried Feder siehe die ausführliche Darstellung bei Joachim Petzold: Die Demagogie des Hitlerfaschismus. Die politische Funktion der Naziideologie auf dem Wege zur faschistischen Diktatur, Berlin 1982, S. 364 ff. Siehe auch Dirk Stegmann: Zum Verhältnis von Großindustrie und Nationalsozialismus 1930 - 1933, S. 429 ff.

72 Einige seiner wichtigsten Leitartikel waren: "Deutschlands wirtschaftliche und soziale Erneuerung", in: Berliner Börsen-Zeitung, Nr. 207, 5. 5. 1929, wo es u. a. hieß: "Der neuzeitliche, sozial gebundene Kapitalismus will auch nur verdienen, um der Allgemeinheit zu dienen. (...) Der Gesunde zahlt heute für den Kranken, der Starke für den Schwachen, der Fleißige für den Faulen ... So entsteht geradezu eine Rentenhypermie im deutschen Volk." - "Heraus aus dem Wirtschaftselend!", in: ebenda, Nr. 511, 1. 11. 1929, wo Funk u. a. ausführte: "Die Stunde des deutschen Bürgertums ist gekommen. Wird der

Zeitpunkt für ein entschiedenes Handeln verpasst, so wird er vielleicht nicht wiederkehren, denn starke, antibürgerliche Strömungen sind in Deutschland lebendig. (...) Deutschland hat sich kapitalistisch schwer versündigt, und das Vertrauen des Kapitals wird erst wieder einkehren, wenn es die Sicherheit hat, dass es in Deutschland Schutz findet und dass es in der deutschen Wirtschaft rentabel arbeiten kann. (...) Wer die Gesundung der deutschen Wirtschaft, wer heraus aus dem Wirtschaftselend will, muss hinein in die bürgerliche, in die kapitalistische Einheitsfront." - "Der Weg zur wirtschaftlichen und finanziellen Gesundung und Befreiung in Deutschland und in der Weltwirtschaft", in: ebenda, Nr. 95, 26. 2. 1930. Hier rechtfertigte er die Kapitalflucht aus Deutschland gegenüber daran laut gewordener Kritik mit folgenden Formulierungen: "Und wenn heute das deutsche Kapital ins Ausland flüchtet und dort bei 4%iger Verzinsung Anlage sucht, während in Deutschland 8-, 10- und mehrprozentige Verzinsungsmöglichkeiten vorhanden sind, so muss man diesen Leuten immer wieder sagen, dass auch sie einem Trugschluss zum Opfer fallen, denn wenn unsere erstklassigen Anlagen in Deutschland nicht mehr sicher sind, dann ist auch das Leben in Deutschland nicht mehr sicher!" - "Wirtschaft und Politik. Was die Wirtschaft von der neuen Regierung verlangen muss", in: ebenda, Nr. 153, 1. 4. 1930. Hier wirbt Funk offen für die Einführung diktatorischer Verhältnisse: "Die wirtschaftlichen Probleme in Deutschland sind so schwierig, und von so schicksalhafter Bedeutung, dass sie nur von einer starken, durch Parteirücksichten nicht gehemmten Regierungsgewalt und nur ganz systematisch und rigoros von einer zentralen Macht- und Kraftstelle aus gelöst werden können." - "Der Kampf um Deutschlands wirtschaftliche und soziale Erneuerung", in: ebenda, Nr. 555, 28. 11. 1930. Funk ergreift in diesem Leitartikel - wenn auch verklausuliert - die Partei Hitlers und der NSDAP. Er schreibt u. a.: "Wir denken und handeln in Deutschland heute im allgemeinen nur noch in Gremien, Kollegien, Organisationen und Parteien. Es darf aber in Deutschland nur eine Organisation geben, nämlich den sozialen Staat mit frei schaffenden, sich selbst und der Gesamtheit voll verantwortlichen Volksgenossen, und es darf nur eine Partei in Deutschland geben, nämlich die Partei der nationalen Freiheit und Würde. (...) Dem Manne, der das Ziel der deutschen Befreiung klar aufzeigt und unnach-sichtlich verfolgt, und der mit dem Willen zur Tat auch den Willen zur Macht verbindet, wird das Volk über die Parteien hinweg Gefolgschaft leisten. Möge dem deutschen Volke dieser Führer erstehen, ehe es zu spät ist." Die Inhalte dieser und vieler anderer, ähnlich argumentierender Leitartikel qualifizierten Funk zum Leiter aller Wirtschaftsabteilungen der National-"sozialistischen" Deutschen "Arbeiter"partei!

73 Hitler aus nächster Nähe, S. 479.

74 Der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg 14. November 1945 - 1. Oktober 1946, Bd. XIII, S. 161 f.

75 Henry A. Turner. Hitlers Weg zur Macht. Der Januar 1933, München 1996, S. 222.

Die nächsten Veranstaltungen des Arbeitskreises:

Donnerstag, Menschen- und Bürgerrechte in beiden deutschen Staaten
18. April Einführung: Prof. Dr. Hermann Klenner

Donnerstag, Der Reichstagsbrandprozess 1933
16. Mai Einführung: Dr. Günter Wehner

Einladung

In Berlin findet am

Sonnabend, dem 3. August 2013

ein **Kolloquium** anlässlich des

100. Todestages

von

August Bebel

statt. Dazu laden gemeinsam der Marxistische Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bei der Partei DIE LINKE, die Geschichtskommission beim Parteivorstand der DKP, die Marx-Engels-Stiftung e. V. Wuppertal und die Redaktion *junge Welt*, Berlin, ein.

Die Kolloquium tagt von **10.30** bis 17.00 Uhr.

Tagungsort: Berlin-Lichtenberg, Begegnungsstätte *Undine*,
Hagenstr. 57 (Nähe Regional-, S- und U-Bhf. Berlin-Lichtenberg)

Vortrag:

Prof. Dr. Ursula Herrmann (Schwielowsee)

Blicke auf August Bebels Lebensleistung

Für den Vortrag stehen 45 Minuten zur Verfügung,
für Diskussionsbeiträge in der Regel 10 Minuten.

Kontaktadressen:

Dr. Siegfried Ittershagen, Philipp-Jacob-Rauch-Str. 4, 12559 Berlin, Tel. 030-6597079

Prof. Dr. sc. Heinz Karl, Am Faulen See 26, 13053 Berlin, Tel. 030-9866574

Einladung

In Berlin findet am

Sonnabend, dem 29. Juni 2013

eine **Konferenz** zum Thema

**Das Nationalkomitee Freies Deutschland
und der antifaschistische Kampf
(Zum 70. Jahrestag der Gründung des NKFD)**

statt. Zu ihr laden gemeinsam der Marxistische Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bei der Partei DIE LINKE, die Geschichtskommission beim Parteivorstand der DKP, die Marx-Engels-Stiftung e. V. Wuppertal und die Redaktion *junge Welt*, Berlin, ein.

Die Konferenz tagt von **10.30** bis 18.00 Uhr.

Tagungsort: Berlin-Lichtenberg, Begegnungsstätte *Undine*,
Hagenstr. 57 (Nähe Regional-, S- und U-Bhf. Berlin-Lichtenberg)

Vorträge:

Dr. Michael Polster (Berlin)

Die Gründung des Nationalkomitees Freies Deutschland

Hermann Kopp (Düsseldorf)

Das Komitee "Freies Deutschland" für den Westen (CALPO)

Dr. Reiner Zilkenat (Dahlwitz-Hoppegarten)

"Volksgemeinschaft" ohne Widerstand? Faschismus und Antifaschismus
in der aktuellen bürgerlichen Geschichtsschreibung der BRD

Für die Vorträge stehen jeweils 40 Minuten zur Verfügung,
für Diskussionsbeiträge in der Regel 10 Minuten.

Kontaktadressen:

Dr. Siegfried Ittershagen, Philipp-Jacob-Rauch-Str. 4, 12559 Berlin, Tel. 030-6597079

Prof. Dr. sc. Heinz Karl, Am Faulen See 26, 13053 Berlin, Tel. 030-9866574